SO VIELE BUGGYS Längst nicht alle bequem. Seite 11

DEBATTE AK-Vollversammlung fordert: Schluss mit Steuertricks! Seite 4
SPINNEREI FELDKIRCH Entwurf für Sozialplan unzureichend. Seite 6
NEGATIVSTEUER Bis zu 220 Euro für jeden Lehrling. Seite 14

Mai 2016
Nr. 5/2016, XXX. Jahrgang
Zugestellt durch Post.at

AKtion

Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

Foto: fotolia

Foto: AK / Jürgen Gorbach

VOLLVERSAMMLUNG. Das Vorarlberger Arbeitnehmerparlament fasste Beschlüsse gegen Steuerbetrug und Bankomatgebühr. Seiten 4/5.

Eine Bankomatgebühr kommt nicht in Frage!

AK-Vollversammlung ist sich einig: Gebühr ohne Gegenleistung muss verhindert werden – AK-Präsident Hämmerle: Weiterer Versuch, das Bargeld abzuschaffen – AK holt dazu Bestsellerautor für Vortrag ins Land.

GELD. „Eine Gebühr für Bargeldbehebungen an Bankomaten kommt für uns nicht in Frage!", tritt AK-Präsident Hubert Hämmerle den Plänen einiger Banken entschieden entgegen. „Zuerst wurden die Maschinen auf Kosten der Banken-Mitarbeiter eingeführt – sie verloren dadurch ihre Arbeitsplätze." Jetzt sollen die Kunden dafür zahlen. Und das, obwohl die Bankomatbenutzung bereits über die Kontoführungsgebühren abgedeckt ist – die übrigens seit 2015 kräftig gestiegen sind, wie die aktuelle Erhebung der Arbeiterkammer ergeben hat: Die durchschnittlichen Kosten für ein Gehaltskonto betragen 23 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Und jetzt wollen die österreichischen Banken von den Konsumenten noch ein Extrageld, wenn sie sich ihr eigenes Geld von einem Automaten überreichen lassen. Das, obwohl in der Bankenkrise zahlreiche Institute die Steuerzahler schon Milliarden Euro gekostet haben und wieder beachtliche Gewinne erzielt werden.

Weitreichende Folgen

Das ficht die Bankenbosse aber nicht an. Gewinnmaximierung ist angesagt, und dafür kommt eine Bankomatgebühr gerade recht. Gibt es sonst eh schon überall – also was soll's? Dass die Geräte von einer Firma betreut werden, die den Banken selbst gehört, passt ins Bild.

Die AK-Vollversammlung am Mittwoch dieser Woche sprach sich einstimmig gegen eine Bankomatgebühr aus. Für die Kunden einer österreichischen Bank hätte die Einführung der Bankomatgebühr nämlich auch zur Folge, dass künftig auch im EU-Ausland Gebühren anfallen. Das ist bisher deshalb nicht der Fall, weil folgende EU-Regel gilt: Abhebungen an Geldautomaten innerhalb der EU müssen so gehandhabt werden wie im eigenen Land.

Foto: Bilderbox

Schon jetzt wird im Regelfall für jede Kartenbenützung eine Buchungszeilengebühr fällig.

Max Otte: Vortrag in Feldkirch

Für AK-Präsident Hubert Hämmerle ist die geplante Gebühr ein weiterer Versuch, auf indirektem Wege das Bargeld abzuschaffen. „Wird die Bargeldbehebung verteuert, drängt man die Konsumenten zur Kartenzahlung. Bargeld wird so auf Dauer überflüssig." Welche einschneidenden Folgen eine bargeldlose Welt für jeden einzelnen Bürger hätte, zeigt der deutsche Finanzmarktexperte und Bestsellerautor Max Otte in seinem neuesten Buch auf. Aus aktuellem Anlass lädt die AK Vorarlberg am 28. Juni zu einem Vortrag mit Otte ein. ▶ Seiten 7, 9

AK Vorarlberg dankt den Betriebsräten

Die meisten der 2157 Betriebsrätinnen und Betriebsräte in Vorarlberger Unternehmen arbeiten ehrenamtlich, alle setzen sich für ihre Kolleginnen und Kollegen ein. Oft muss die eigene Familie da zurückstecken. Deshalb lud die AK Vorarlberg Betriebsräte und ihre Partner zum „Dankefest" in die Bregenzer Werkstattbühne ein. 47 engagierte Kolleginnen und Kollegen wurden für 20 und mehr Jahre im Einsatz besonders geehrt. ▶ Seite 15

Foto: Lisa Mathis

AK-Präsident und Michaela Mentberger. Sie ist seit 20 Jahren Betriebsrätin.

Gehaltskonten deutlich teurer

Ein Gehaltskonto ist im Vergleich zum Vorjahr um ein knappes Viertel teurer geworden und kostet einen Normalnutzer nun durchschnittlich rund 108 Euro pro Jahr. Die Guthabenzinsen sind viel stärker gesunken als die Überziehungszinsen. Das zeigt ein aktueller AK-Preisvergleich von 40 Gehaltskonten bei 17 Filial- und Onlinebanken. Die AK hat die Preise von 40 aktuellen Gehaltskonten für einen Normalnutzer – 280 Buchungen pro Jahr, ohne Kontoüberziehung – verglichen. Die Kosten für ein Gehaltskonto betragen jährlich zwischen null (easy gratis / easybank; Hello Gehaltskonto / Hello bank!) bis 315,26 Euro (BTV-Gehaltskonto / Bank für Tirol und Vorarlberg).
▶ Seite 11

Zeitwort

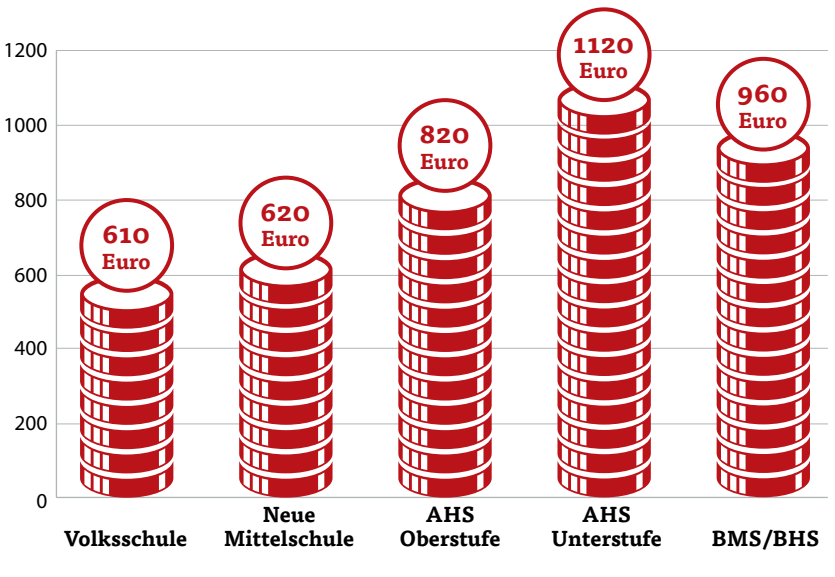
Gehen Sie hin

Zwei Millionen sind beim ersten Wahlgang gar nicht erst hingegangen. Jetzt mag man dem Amt des Bundespräsidenten wenig Bedeutung beimessen, okay. Vielleicht fiel es zwei Millionen Menschen ja auch schwer, sich zu entscheiden. Aber das hatten sie mit den 4.371.825 Menschen gemeinsam, die sich dennoch aus dem Bett gequält haben, um ihren Stimmzettel abzugeben. Wie viele werden es heute sein?

Ideale sind selten, denn das griechische Wort beschreibt ein „vollkommenes" Bild. Kennen Sie den vollkommenen Kandidaten? Eben. Politik heißt, Kompromisse zu schließen. Und Demokratie ist ein Privileg. Andere riskieren ihr Leben dafür. Gehen wählen, obwohl sie das ihren Kopf kosten kann. Und wir kriegen den Hintern nicht hoch? Gehen Sie heute hin! Auch das kleinere Übel ist besser als Gleichgültigkeit.

tm

Durchschnittskosten für die Nachhilfe nach Schulform
Kosten in Vorarlberg nach Schultypen im Schuljahr 2015/16 ▶ **Seite 12/13**



Grafik: AK, Quelle: IFES

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

Telefon zum Ortstarif 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrling/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frau – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

/akvorarlberg
www.ak-vorarlberg.at

Leitartikel von AK-Direktor Rainer Keckeis

TTIP: Wer macht die Regeln?

Sie wurden belächelt: jene Vorarlberger Gemeinden und Städte, die sich mit großteils einstimmigen Beschlüssen zu TTIP-freien Zonen erklärten. Natürlich, rechtliche Relevanz haben diese Entscheidungen auch heute kaum. Aber in der Zwischenzeit hat sich die Stimmung – nicht zuletzt durch die Veröffentlichung geheimer Verhandlungsprotokolle durch die Umweltorganisation Greenpeace – wesentlich verändert. Es ist offensichtlich geworden, dass es bei TTIP und CETA, den beabsichtigten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, im Kern nicht um etwas mehr Handel oder niedrigere Zölle geht. Es geht vielmehr darum, wer künftig Standards setzt und die Regeln macht. Es geht auch nicht um die Öffnung Europas gegenüber der Welt, sondern um die Integration des europäischen Wirtschaftsraums in den amerikanischen. Dabei gäbe es Sieger und Verlierer. Jedenfalls auf der Strecke blieben Konsumenten und Arbeitnehmer. Gerade bei arbeits- und sozialrechtlichen Standards, aber auch bei der Produktion von Lebensmitteln wäre durch das europäisch-amerikanische Gefälle ein Wettlauf nach unten unvermeidlich. Und: Alles, was privat ist, würde automatisch bevorzugt. Die europäische Tradition der öffentlichen Güter, der Leistungen für alle wäre in akuter Gefahr. Millionen Europäerinnen und Europäer wollen das nicht und gehen dafür mittlerweile auch auf die Straße. So wie jene Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, die gestern in Bregenz Flagge zeigten.

Konsumenten und Arbeitnehmer bleiben bei TTIP auf der Strecke.

▶ **E-Mail:** direktion@ak-vorarlberg.at

Gastkommentar von Markus Marterbauer

Pensionssystem verteidigen

Die soziale Pensionsversicherung gehört zu den wesentlichsten Errungenschaften der arbeitenden Menschen im 20. Jahrhundert. Mit der Verknüpfung von Arbeitseinkommen und Pension anerkennt die Gesellschaft die Leistung der Menschen zum Gemeinwohl. Das soziale Pensionssystem ist vor allem an den Bedürfnissen der breiten Mittelschicht ausgerichtet, für die es das Risiko von Armut im Alter verringert. Der Sozialstaat gibt Sicherheit, und das ist die Voraussetzung für Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass Österreichs Wirtschaftsleistung pro Kopf heute die vierthöchste der EU ist.

Die neoliberale Alternative verlagert die Risiken auf die Einzelnen.

Den Neoliberalen und Konservativen ist der Sozialstaat ein Dorn im Auge. Sie versuchen, den Sozialstaat als unfinanzierbar darzustellen, um privaten Versicherungen ein neues Geschäftsmodell zu eröffnen und den Staat auf Armenfürsorge zu beschränken. Die Argumente entbehren jeder Grundlage. Erstens: Über die Lebensspanne profitieren alle Bevölkerungsgruppen vom Sozialstaat, allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Zweitens: Trotz einer Zunahme des Altenanteils an der Bevölkerung von 18 % auf 28 % bleiben die Aufwendungen für das Pensionssystem durch die bereits erfolgten Reformen weiterhin ziemlich stabil bei 14 % der Wirtschaftsleistung. Drittens: Die neoliberale Alternative verlagert die Risiken der schwankungsanfälligen Finanzmärkte auf die Einzelnen, kombiniert hohen Verwaltungsaufwand mit geringem Ertrag und fördert zudem das gefährliche System des Finanzkapitalismus. Zur langfristigen Absicherung des sozialen Pensionssystems braucht es eine sichere Verteidigung und offensive Reformen: Hohe Beschäftigung, Umverteilung von Vermögen und Vermögenseinkommen zu Arbeitseinkommen, Investitionen in Kindergärten, Schulen, Weiterbildung und Forschung – das sorgt für hohe Beitragseinnahmen und sichere Pensionen.

▶ **E-Mail:** Markus.Marterbauer@akwien.at

Markus Marterbauer leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK

Foto: APA / Erik Mcgregor

BILD DES MONATS
New York, USA

Beim US-amerikanischen Telekommunikationskonzern Verizon Communications hat einer der größten Arbeitskämpfe der vergangenen Jahre in den USA begonnen. Laut einem CNN-Bericht traten am 13. April 36.000 Beschäftigte in den Ausstand. Zum Streik aufgerufen haben die Communications Workers of America (CWA) und die International Brotherhood of Electrical Workers (IBEW). Zuvor hatten zehnmonatige Verhandlungen nichts ergeben. Der Konzern hat 178.000 Beschäftigte. Die Gewerkschaft CWA will verhindern, dass Festangestellte zu Zeitarbeitern gemacht werden und zehntausende Arbeitsplätze in Billiglohnländer wie Mexiko und die Philippinen ausgelagert werden.

Leserforum

Hoppla, jetzt komm ich …

AKtion April: Forstwege für Radfahrer öffnen

Ich fand es bis jetzt schon auf manchen Wanderwegen äußerst unangenehm, wenn Mountainbiker heruntergesaust kommen über Stock und Stein, an einem vorbei, mit vorherigem Läuten oder Zuruf, dass man auf die Seite gehen soll, quasi: „Hoppla, jetzt komm ich!"

Der Wald ist der letzte noch ruhige Teil der Natur, und ich finde, das soll so bleiben. Wer wirklich die Natur liebt, der spaziert gemächlich durch den Wald, betrachtet die Vielfalt der verschiedenen Gewächse, vom Moos bis hinauf zu den Baumwipfeln, horcht auf die Geräusche, atmet die wunderbare Waldluft ein, die ein gesundes, wohltuendes Gemisch von vielen Pflanzen und Bäumen (Terpene) beinhaltet, kann den Specht klopfen hören, sieht Eichhörnchen von Baum zu Baum huschen usw. Das Mountainbiken ist nichts Beschauliches, sondern ein Sport. Ich plädiere daher dafür, dass man den Wald in Ruhe lässt.

✉ Brigitte Stadelmann, Bregenz

Die Diktatur des Kapitals

Als langjähriger Betriebsrat war ich schockiert, wie mit den demokratischen Rechten der wirtschaftlich abhängigen Belegschaft beim Mateschitz-Sender ServusTV umgegangen wurde. Wie ein Diktator hat er beschlossen, dass bei ServusTV die österreichischen Gesetze nicht gelten. Im Arbeitsverfassungsgesetz steht deutlich: „Ab fünf Mitarbeitenden in einem Betrieb ist ein Betriebsrat zu wählen." Dies ist keine Bitte an die Gnade eines Herrschers, sondern eine Pflicht in einer funktionierenden Demokratie.

Die abhängig Beschäftigten darüber abstimmen zu lassen, ist ein Possenspiel. Im nächsten Schritt müssen sie dann über eine 45-Stunden-Woche abstimmen, um die Vernichtung ihres Arbeitsplatzes zu verhindern. Red Bull verleiht Flügel. Wenn sich die Arbeitenden die demokratischen Mitsprachenrechte nehmen lassen, dann ist die Zeit nicht mehr fern, in der dann vielleicht nur noch ein testosterongetriebener Narzisst die Gesetze in unserem Land bestimmt.

Darum wehrt euch gegen diese Salamitaktik. Jedes abgeschnittene Scheibchen von unserer Demokratie ist in den Augen vieler Menschen nicht immer einen Aufschrei und eine konsequente Reaktion wert. Doch sollten wir uns dann nicht wundern, wenn eines Tages keine Salami (Demokratie) mehr vorhanden ist.

Wehret den Anfängen und hütet unsere demokratischen Mitbestimmungsrechte wie euren Augapfel für eine lebenswerte Zukunft auch für Nichtmillionäre.

✉ Erich Zucalli, Dornbirn

Liebe Leser,

wir freuen uns über Ihre Zuschriften! **Schreiben Sie uns** an AK Vorarlberg, Leserforum, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at oder auf facebook.com/akvorarlberg. Wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen. Die Redaktion behält sich das Recht zu kürzen vor.

„Mit Reda kond d'Lüt zemma" ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

24. Mai von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800

Einladung zur Telefon-Sprechstunde
Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle

AK VORARLBERG

Stark für Sie. www.ak-vorarlberg.at

Impressum

AKtion Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz ▸ Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, E-Mail: presse@ak-vorarlberg.at ▸ Öffenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/impressum.htm ▸ Redaktion: Dietmar Brunner, Jürgen Gorbach, Thomas Matt, Arno Miller ▸ Infografik: Bettina Krepper, Gerhard Riezler ▸ Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

SERIE EU-Mitgliedstaaten im Porträt

Auch politisch ganz großes Theater

Irgendwie kaum zu glauben: Italien hatte seit Ende des Zweiten Weltkriegs im Durchschnitt jedes Jahr eine neue Regierung. Die kürzeste Amtszeit – lediglich neun Tage – verzeichnete ein Kabinett unter Giulio Andreotti im Jahr 1972. Das Sehnsuchtsland aller Nordländer ist auch politisch ganz großes Theater.

Daten und Fakten (Italien und Österreich im Vergleich)

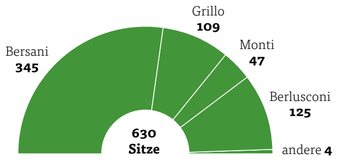
	Italien	Österreich
Fläche in km²	301.338	82.531
Bevölkerung (in Millionen)	61,3	8,5
Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km²)	209	103
Bevölkerung ab 65 Jahren	22,0 %	18,6 %
Abgeordnete im EU-Parlament	73	18
BIP zu jeweiligen Preisen, je Einwohner (in Euro)	30.979	47.275
Arbeitslosenrate (in %)	12,5	5,0
Jugendarbeitslosenrate (in %)	44,1	9,2
Wareneinfuhr (in Mio. Euro)	413,6	151,1
Warenausfuhr (in Mio. Euro)	463,3	148,8

Präsident **Sergio Mattarella**

Ministerpräsident **Matteo Renzi**

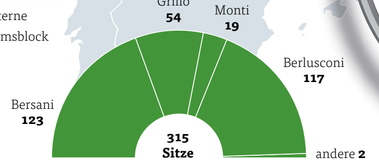
Hauptstadt: Rom
Währung: Euro
Beitritt zur EWG: 1958

Abgeordnetenkammer (2013)



Bersani Mitte-links-Koalition
Berlusconi Mitte-rechts-Block
Grillo Fünf Sterne
Monti Zentrumsblock

Senat (2013)



Grafik & Fotos: KEYSTONE, Quelle: APA, Deutsches Statistisches Bundesamt

Italien lebt das Chaos als Prinzip

Für ihre Leichtigkeit bewundert, für ihre Schlamperei gehasst, in ihrem künstlerischen Erbe beinah unübertroffen – sind Italiener die besseren Österreicher?

PRALLES LEBEN. Die parlamentarische Republik Italien gehört zu den Gründungsmitgliedern der EU und zu den größten Volkswirtschaften der Welt. Der Satz ist richtig. Und doch stutzt man. Wer stattdessen darüber schreiben würde, dass das Geburtsland der Oper seit Ende des Zweiten Weltkriegs beinahe mehr Regierungen als Jahre verschlissen hat, wer statt Wirtschaftsleistung Marken wie Gucci, Fiat und Barilla ins Treffen führte und den stereotypen Hinweis auf mafiöse Verhältnisse wie ein Gewürz darüberstreute, der würde einen deutlich höheren Wiedererkennungswert erzielen.

Land der Extreme

Italien – der Stiefel Europas – rangiert schon immer am extremen Ende der Erfahrungsskala. Die berückenden Bilder von Goethes italienischer Reise erzählen ebenso beredt vom Verhältnis Italiens zu den wetterbedingt benachteiligten Nordländern, wie Mussolinis Faschismus das Vorbild für Nazideutschland bildete. Italien – das sind herrliche Strände und ein zugemülltes Neapel, bildschöne Frauen und sittenstrenge Kirchen.

Während Verdis Oper „Nabucco" 1996 in der Mailänder Scala Triumphe feierte, ging das berühmte venezianische Opernhaus La Fenice in der Nacht vom 29. Januar 1996 in Flammen auf. Ein Elektriker hatte den Brand gelegt, um schlicht und einfach den bevorstehenden Strafzahlungen für verspätete Renovierungsarbeiten zu entgehen.

So ist Italien. Wundervoll und unsäglich chaotisch zugleich. Eben noch gehasster Gegner in zwei Weltkriegen, im nächsten Augenblick schon Sehnsuchtsland einer ganzen Generation in den 1950er Jahren. Mit dem viermaligen Ministerpräsidenten sowie übergangsweisen Außen-, Wirtschafts- und Gesundheitsminister Silvio Berlusconi quasi als politischem Alleinunterhalter auf der Bühne Europas verstand es das Land doch intakt zu bleiben. Wohl kaum ein anderer europäischer Staat hätte all die Krisen, die Italien in den vergangenen 70 Jahren prägten, so weggesteckt.

Aber wer hinter der oft theatralen Szenerie die echten Probleme nicht sieht, wird dem Land nicht gerecht. Lange Jahre stand Italien in der Flüchtlingskrise quasi auf sich allein gestellt. Der Name der pelagischen Insel Lampedusa steht heute wie ein Synonym für das ganze Elend von Flucht und Vertreibung. Die europäische Solidarität ließ dabei Jahre lang auf sich warten.

Und heute fürchtet Italien den Frühling. Die Balkanroute ist abgeriegelt. Migranten könnten wieder verstärkt nach Italien kommen. Aber auch hier werden sie festsitzen, denn die Grenze am Brenner soll sich schließen dieser Tage. Was dann? Längst nicht alle Opern münden wie Giacomo Puccinis „Turandot" in einem Happy end. Das im Übrigen ja nachträglich geschrieben wurde, da der Komponist, bevor er den letzten Akt zu Papier bringen konnte, starb.

13.290 Italiener arbeiten in Österreich

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren in Vorarlberg 810 Italiener beschäftigt. In ganz Österreich arbeiteten 13.290 italienische Staatsbürger. In Vorarlberg kamen allein 242 im Gastgewerbe unter, in der Metallverarbeitung waren es 107. Hier die österreichischen Spitzenreiter:

10 ausgewählte Branchen	Frauen	Männer	insgesamt
Gastgewerbe	889	1849	2738
Kfz-Branche	675	920	1595
Erziehung und Unterricht	640	711	1351
Gesundheits- und Sozialwesen	747	335	1082
Metallbe- und -verarbeitung	127	667	794
Öffentliche Verwaltung	452	279	731
Forschung und Entwicklung	158	246	404
Baugewerbe	41	343	384
Kunst, Unterhaltung, Erholung	124	215	339
Sonstige Dienstleistungen	153	113	266
Alle Branchen gesamt	**5106**	**8184**	**13.290**

Foto: Muhammed Muheisen, Bela Szandelszky / AP

Die andiskutierte Schließung der Brennergrenze führte zu einer regelrechten Straßenschlacht.

AK sagt: „Schluss mit Steuertricksereien“

Foto: AK / Jürgen Gorbach

Arbeitnehmervertreter müssen sich im Augenblick warm anziehen. Denn die Zahl derer, die sie am liebsten abschaffen würden, wächst. „Die bremsen doch nur“, tönt es immer lauter. Die Vollversammlung der AK meldet sich deshalb mit einer ganzen Reihe von Forderungen zu Wort.

GERECHTIGKEIT. Da ist viel passiert in letzter Zeit. Die journalistische Aufarbeitung der Panama-Papers macht deutlich, wie schamlos die Großen Steuern hinterziehen. Vermuteter Schaden? Eine Billion Euro. Das kann sich niemand vorstellen: eine Zahl mit zwölf Nullen dran. „Und das ist nur die Spitze des Eisbergs“, unterstreicht AK-Präsident Hubert Hämmerle.

Fürs eigene Geld zahlen?

Szenenwechsel. Die Banken machen erneut den Versuch, flächendeckend Bankomatgebühren einzuführen. „Das trifft uns zweimal“, sagt Hämmerle, „als Konsumenten und als Arbeitnehmervertreter.“ Er erinnert daran, wie gerade auf diesem Sektor die Kollektivvertragsverhandlungen jedes Jahr zum Kampf um gerechte Löhne werden. „Und jetzt sollen wir auch noch dafür bezahlen, dass wir unser eigenes Geld abholen am Automaten? Das lehnen wir ab.“

Die 70 Kammerrätinnen und Kammerräte sind sich in ihrer 176. Plenarsitzung auch alle darüber einig, dass die kalte Progression endlich abgeschafft werden muss. Der AK-Präsident erinnert noch einmal an die Steuerreform, die von Vorarlberg aus ihren Anstoß erhielt. „Im Durchschnitt bringt sie pro Jahr netto 1000 Euro mehr für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer.“ Aber gleichzeitig sorgt die Kalte Progression dafür, dass jährlich rund 400 Millionen Euro davon verloren gehen.

Das ist umso ärgerlicher, weil in zwölf von 29 OECD-Staaten die kalte Progression bereits außer Kraft gesetzt oder zumindest abgemildert worden ist. In den meisten dieser Länder werden die Steuertarife jährlich automatisch an die Inflation angepasst. Genau eine solche Automatik will Finanzminister Hans Jörg Schelling auch in Österreich einführen, er hat bereits ein entsprechendes Konzept vorgelegt. Die 176. Vollversammlung der AK Vorarlberg fordert den Gesetzgeber einstimmig auf, „umgehend die Lohnsteuertarife automatisch an die Teuerung anzupassen und damit die sogenannte kalte Progression auszuschalten“.

Gegen jeden Extremismus

Und in noch einem Punkt gehen alle Fraktionen d'accord: Angesichts der immer schärferen Auseinandersetzungen in Europa fordert die AK-Vollversammlung die Bundesregierung auf, ehestmöglich wieder einen Bericht über alle Formen des Extremismus in Auftrag zu geben und Maßnahmen zu setzen. Und zwar gegen jede extremistische Tendenz, sei sie links oder rechts.

Gemeinsame Anträge

Mehr Steuergerechtigkeit
Alle fünf Fraktionen des Vorarlberger Arbeitnehmerparlamentes fordern den Gesetzgeber auf, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Die Vollversammlung fordert folgende Maßnahmen:

- Gewinne dürfen nicht länger verschoben werden. Es kann nicht sein, dass Konzerne ihre Gewinne dort versteuern, wo sie die niedrigsten Steuern zahlen.
- Weg mit Briefkastenfirmen weltweit.
- Meldepflicht für Vermögens- und Kapitaltransfers in das als Steueroase eingestufte Ausland.
- Spürbare Sanktionen für Finanzdienstleister und Bankinstitute bei Verletzung der Meldeverpflichtungen von Vermögens- und Kapitaltransfers.
- Erstellung einer schwarzen Liste mit Ländern, die nicht kooperativ sind und intransparente Strukturen aufweisen.
- Rasche Beschlussfassung der Finanztransaktionssteuer wie im Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission enthalten.

Keine Bankomatgebühr
Dass der Zugang zum Bargeld weiterhin kostenlos möglich bleiben muss, auch darin sind sich alle 70 Kammerrätinnen und Kammerräte einig. Und sie vertreten damit die überwältigende Mehrheit im Land: Laut einer für den Zahlungsverkehrsbericht der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) 2015 durchgeführten Umfrage war es 91 Prozent der Befragten sehr wichtig bzw. wichtig, dass mit einem Zahlungsmittel keine Zusatzkosten entstehen. Weiters belegen ÖNB-Umfragen, dass der Bargeldbestand in den Geldbörsen weitgehend stabil ist und dass mehr als die Hälfte der Kartenbesitzer mindestens einmal pro Woche Bargeld vom Bankomaten bezieht. Deshalb fordert die AK-Vollversammlung den Gesetzgeber auf, den kostenlosen Zugang zum Bargeld weiterhin zu gewährleisten.

Hämmerle zu Mateschitz: „Das war eine moralische Bruchlandung!“

Seit Red-Bull-Chef Dietrich Mateschitz um jeden Preis erzwingen wollte, dass sein Privatsender ServusTV betriebsratsfreie Zone bleibt, steht die Frage im Raum, wozu es überhaupt Betriebsräte braucht.

● Die erste gesetzliche Grundlage für Betriebsräte datiert von 1919. Heute weht den Arbeitnehmervertretern wieder ein scharfer Wind ins Gesicht.
Ja, es häufen sich die Störungen aus dem neoliberalen Lager. Selbst die Presse, Teile der Politik und Firmenchefs reden der Abschaffung der Betriebsräte das Wort. Aber glauben Sie mir: Die großen Verlierer wären die Arbeitnehmer in unserem Land. Es ist seit weit über einem halben Jahrhundert unser verbrieftes Recht, auch betriebsintern Interessensvertretungen zu wählen.

● Dieses Recht akzeptieren freilich nicht alle … Wenn zum Beispiel ein Reicher und Mächtiger sich einen Fernsehsender als Hobby hält und mutwillig 264 Arbeitsplätze vernichten würde, nur weil einige Mitarbeiter über die Gründung eines Betriebsrates nachdenken, da ballt sich mir die Faust. Ich versteh die Ängste der Mitarbeiter, die dann miteinander den Brief unterschrieben haben. Es wäre grundfalsch, über sie zu richten. Sie haben keinen Fehler gemacht. Aber auch wenn die „Mateschitz-Brause“ anscheinend Flügel verleiht, so war diese Aktion nichts weiter als eine moralische Bruchlandung.

● Was macht in Ihren Augen einen Betriebsrat so wertvoll?
Betriebsräte sind meist hochmotivierte Mitarbeiter. Sie identifizieren sich mit dem Unternehmen. Ihre Aufgabe und Stärke ist es, klare Position für die Interessen der Arbeitnehmer zu beziehen und auch Lösungen zu erarbeiten. Das stärkt eine Betriebskultur enorm.

● Über 2000 Vorarlberger sind derzeit als Betriebsräte tätig.
Und wir sind stolz auf die Leistungen unserer Betriebsräte!

Wie würden Sie entscheiden?

RECHTSSTREIT. Am Beginn des Rechtsstreits, der vor dem Arbeits- und Sozialgericht landete, stand eine tragische Geschichte. Aufgrund eines Selbstmordversuches des Vaters sowie der anschließenden Pflegebedürftigkeit des Vaters und der Mutter hatte ein Arbeitnehmer erhöhten Bedarf an Urlaub. Den hatte er mit seinem Arbeitgeber dann auch vereinbart.

Im Nachhinein fiel dem Arbeitgeber auf, dass er mehr Urlaub genehmigt hatte, als dem Arbeitnehmer gesetzlich als Mindesturlaub zustehen würde. Der Arbeitgeber reduzierte darauf einseitig den Lohn, um so den zu viel verbrauchten Urlaub zu kompensieren.

Wie würden Sie entscheiden?

War der Arbeitgeber im Recht? Wie würden Sie in diesem Arbeitsrechtsfall entschieden? Ihr gesundes Rechtsempfinden ist gefragt.

Wie dieser Streitfall vor Gericht endete, erfahren Sie in der nächsten Ausgabe der AKtion.

AK-Broschüren helfen bei arbeitsrechtlichen Fragen weiter.

FRAGE Darf der Arbeitgeber bei zu viel in Anspruch genommenem Urlaub einfach den Lohn kürzen?

- Ja, weil …
- Nein, weil …

Schreiben Sie an AK Vorarlberg, Leserforum, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at oder auf /akvorarlberg.

▶ **Auflösung** in der nächsten Ausgabe der AKtion

Die Lösung des Falls aus der vorigen Ausgabe

Die Arbeiterkammer vertrat einen 27 Jahre alten Arbeitnehmer, der von seiner Firma aufgrund einer Konkurrenzklausel auf über 30.000 Euro geklagt wurde. Er verdiente monatlich rund 1600 Euro netto, für den Fall eines Verstoßes war eine Konventionalstrafe in Höhe von zwölf (!) Bruttomonatsgehältern vorgesehen. Die Konkurrenzklausel verbot ihm für ein Jahr eine Tätigkeit im Geschäftszweig des bisherigen Arbeitgebers.

Der Fall ging durch alle Instanzen. Wie hätten Sie entschieden?

Einige Stimmen aus der Leserschaft

„Die Strafe ist meiner Meinung nach in keiner Höhe angemessen. Eine Konkurrenzklausel sollte bestenfalls bei speziell hochqualifizierten Mitarbeitern, die eventuell Firmeninterna weitergeben könnten, erlaubt sein. Ein einfacher Mitarbeiter, der ansonsten gezwungen wäre, ein Jahr arbeitslos zu sein, und dabei die Gesellschaft belastet, sollte jederzeit seinen Job wechseln dürfen.“
✉ Johannes Gaßner

„Arbeitete er in der Kundenakquise der Personalbereitstellungsfirma, oder wurde er in dieser Funktion vermittelt? Im ersten Fall könnte er natürlich gut akquirierte Kunden zum neuen Dienstgeber ‚mitnehmen', was mitunter beträchtliche Einbußen für den ehemaligen Dienstgeber bedeuten würde. Im zweiten Fall sollte ihn eigentlich der neue Dienstgeber ‚freikaufen', was bei der Übernahme aus einer Bereitstellungsfirma Usus ist.“
✉ Hilde Wilde

„So ein Blödsinn, Mitarbeiter sind doch keine Sklaven, die sich erst freikaufen müssen, um einen ähnlichen Job anzunehmen! Die Arbeiterkammer sollte es bis zur obersten Instanz weitertreiben, damit das, wenn ein solcher Fall nochmal vorkommt, kein Thema für andere wird!“
✉ Tekeci Hüseyin

So entschied das Gericht

Wie erwähnt, ging der Fall durch sämtliche Instanzen. Das Erstgericht hatte die Konventionalstrafe auf 3000 Euro hinabgesetzt. Das Oberlandesgericht erhöhte sie in zweiter Instanz wieder auf 10.000 Euro. Der Oberste Gerichtshof schließlich stellte sich mehr auf die Seite des Arbeitnehmers: Der OGH befand, dass lediglich 3000 Euro angemessen sind, und führte aus, dass dem Arbeitgeber in diesem Fall kein Schaden entstanden sei. Die Konventionalstrafe müsse außerdem so bemessen sein, dass sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers nicht unangemessen stark beeinträchtigt.

Geringfügig: Was gilt?

Über 300.000 Betroffene in Österreich – Zumeist sind Frauen in „Mini-Jobs“ tätig – AK legt Infos auf

FORTBILDUNG. Die Zahl der „geringfügig Beschäftigten“ bleibt konstant hoch. Sie lag 2015 in Vorarlberg bei durchschnittlich 16.100 Personen. Das entspricht laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger dem Wert der vergangenen beiden Jahre.

Die meisten „geringfügig Beschäftigten“ in Vorarlberg – rund 2700 – sind im Handel tätig. Meistens nehmen Frauen diese Jobs wahr. Sie stellen insgesamt zwei Drittel aller „Geringfügig Beschäftigten“. 2310 geringfügig Beschäftigte arbeiten derzeit im Gastgewerbe, 1610 davon sind Frauen.

Geringfügig Beschäftigte dürfen monatlich maximal 415 Euro verdienen. In diesem Fall müssen keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden, die Beschäftigten sind aber nur unfallversichert.

Was steht im Gesetz?

Und was gilt sonst noch für geringfügig Beschäftigte? Steht ihnen Urlaub zu? Wie sieht es mit der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall aus? Gelten dieselben Abfertigungsregeln wie bei allen anderen Arbeitnehmern?

Damit Menschen in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis wissen, welche Rechte sie haben, hat die AK Vorarlberg eine Broschüre erarbeitet. Sie kann gratis bei der AK bezogen werden.

▶ **Broschüre** einfach über die Homepage der AK anfordern: www.ak-vorarlberg.at

Neuer AK-Ratgeber für geringfügige Beschäftigung.

Weiberkram
von Univ.-Prof. Irene Dyk-Ploss

Mama lernt ...

... Englischvokabeln mit der 13-jährigen Tochter und übt Diktat mit deren 10-jährigem Bruder. Nächste Woche stehen Biologie-Test und Sachkunde-Lernzielerhebung an – da muss Mama sich noch mit den Arbeitsblättern vertraut machen. Um Mathematik, so hat er zumindest versprochen, wird Papa sich kümmern.

Diese Eltern sind in guter Gesellschaft: drei Viertel (davon rund 90 Prozent Mütter ...) derer, die mit Schulkindern gesegnet sind, müssen zu Hause noch nach- bzw. vorarbeiten. Nur rund ein Fünftel der österreichischen Kinder haben eine schulische Nachmittagsbetreuung, und ebenso wenige können sich (bezahlte) Nachhilfe leisten. Bei rund 20.000 Pflichtschülern und fast 17.000 Jugendlichen in höheren Schulen in Vorarlberg sind es also etliche Tausend Eltern bzw. Mütter, die als verlängerter Arm der Schule fungieren müssen. Und es sollten noch mehr sein. Aber nicht selten sind Eltern nicht imstande, ihren Kindern zu helfen, und zwar genau die, die sich auch Nachhilfe und Ganztagsschule nicht leisten können. So kommt es zu Töchtern, die als Mütter erst recht nicht lernen helfen können ...

▶ **E-Mail:** irene.dyk@jku.at

132.000 Euro erkämpft

Ein älterer Arbeitnehmer, der nach 39 Jahren im Betrieb von seiner Firma rechtswidrig entlassen worden war, hat nun vom Gericht 132.000 Euro zugesprochen bekommen. Die oberösterreichische Arbeiterkammer hat für ihn die gesetzliche Abfertigung und eine Abgangsentschädigung erkämpft.

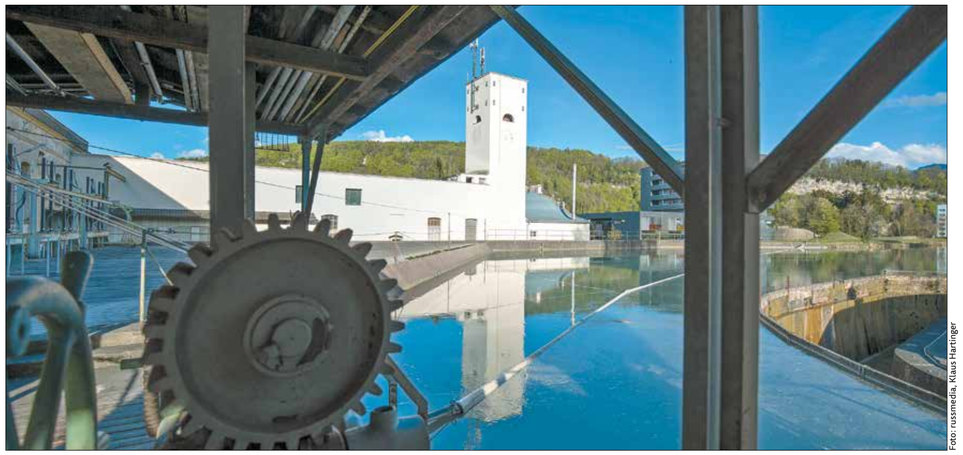


Foto: russmedia, Klaus Hartinger

Die Spinnerei Feldkirch beschäftigte zuletzt 80 Menschen. Deren Zukunft steht für AK und Gewerkschaft klar im Mittelpunkt.

Hartes Ringen mit der Holding um Sozialplan

F. M. Hämmerle Holding legte Sozialplanentwurf für Spinnerei Feldkirch vor – 80 Mitarbeiter betroffen – Gewerkschaft, AK und Betriebsrat von magerem Angebot enttäuscht – Belegschaft lehnt Vorschlag ab.

HARTE BANDAGEN. Mitte April kündigte die F. M. Hämmerle Holding an, dass sie die Spinnerei Feldkirch schließen müsse. Seither verhandeln Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Betriebsrat und Unternehmensleitung über einen Sozialplan für die 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihren Job verlieren. Parallel dazu versucht die Holding, die Spinnerei zu verkaufen. Noch sind offenbar drei Interessenten im Rennen, ein vierter ist abgesprungen.

Spinnerei Feldkirch

Über 100 Jahre Bestand
Die Garnspinnerei in Feldkirch-Gisingen besteht seit 1894. Sie ist Teil des einstigen Textilriesen F.M. Hämmerle, der in seiner Blütezeit bis zu 2200 Mitarbeiter beschäftigte. Sein Niedergang begann Ende der 1980er-Jahre. Im Jahr 2000 wurde der Textilbereich bis auf die Spinnerei Feldkirch verkauft.

Jüngste Vergangenheit
Die Spinnerei stellte auf 36.000 Spindeln jährlich 1100 Tonnen Garn für Bekleidung und den technischen Bereich her und erwirtschaftete laut Vorstand Petra Kreuzer zuletzt einen Jahresumsatz von 10 Millionen Euro.

„Sozial sieht anders aus“

Vergangenen Donnerstag legte Petra Kreuzer, Vorständin der F. M. Hämmerle Holding, den Entwurf für eine Betriebsvereinbarung über den Sozialplan vor. Seitens der AK nahmen Christian Maier (Arbeitsrecht) und Franz Beck (Sozialrecht) an der Verhandlung teil. Maier beurteilt den Entwurf kurz und bündig: „Sozial sieht anders aus.“

Tatsächlich liegen die Vorstellungen von Holding und Arbeitnehmervertretern meilenweit auseinander. Betriebsratsobmann Bruno Nicolussi, Marcel Gilly (GPA djp) und Stefan Bachmann (Pro-Ge) nannten das Angebot „nicht akzeptabel“. Egal, ob es um Alleinstehende geht, um Kinderzuschläge oder um Menschen, die einem besonderen Kündigungsschutz unterliegen – an jedem Punkt erweist sich das vierseitige Papier der Holding als deutlich unzureichend.

„Wir sind jetzt an einem äußerst schwierigen Punkt angelangt“, sagt Gilly. Nicolussi stellte die Ideen der Holding noch am Freitag seiner Belegschaft in einer Betriebsversammlung vor und holte sich das Mandat, weiterzuverhandeln. Durchaus mit Hoffnung – Bachmann erinnert daran, dass es zuletzt nach mehreren Betriebsschließungen in Vorarlberg gelungen ist, aus ähnlich verfahrenen Positionen heraus gute Sozialpläne zu entwickeln.

Foto: AK / Jürgen Gorbach

V.l.n.r.: AK-Präsident Hubert Hämmerle, Betriebsratsvorsitzender Bruno Nicolussi, Marcel Gilly und Bernhard Heinzle (GPA djp).

SERIE Was uns alte Berufe erzählen

Ein Teuchel ist was?

GESCHICHTE. Das Wort ist alt. Im Dialekt sagt man auch „Tüchel“ und meint damit nichts anderes als ein Wasserleitungsrohr aus Holz. Die gibt es natürlich längst nicht mehr. Das Wasser fließt durch Kunststoff, Kupfer oder Stahl.

Über 1000 Meter lange Leitungen

Der Tostner Fotograf Oliver Benvenuti hat für sein Buch „Altes Handwerk in Vorarlberg“, das auch in der AK-Bibliothek aufliegt, u. a. Robert Mangeng in Dalaas besucht. Der hat in den 1930er-Jahren zusammen mit seinem Vater noch solche Leitungen verlegt. Beim elterlichen Gehöft versorgte eine 1000 Meter lange Leitung aus Holz, die zum ersten Mal 1745 verlegt worden war, Haus und Stall mit Wasser.

Ein Teuchel ist vier Meter lang und wird aus einem Rundling von 15 bis 20 cm Durchmesser gefertigt. Die Aufgabe des Teuchelmachers ist es nun, den Durchlass mit einem Durchmesser von 3,5 bis 4,5 cm genau zu bohren.Dazu wird der ungeschälte Rundling auf zwei Blöcke gelegt und mit Kette und Bolzgewicht festgebunden. Der Bohrer, den der Teuchelmacher nun ansetzt, misst stolze 2,5 Meter Länge. Er wird mit einer Art Gabel, der Geiß, waagreicht geführt und mit einem Hebel am Ende gedreht. Für einen Teuchel benötigte der geschickte Handwerker ungefähr vier Stunden.

Foto: Vorarlberger Landesbibliothek, Sammlung Oliver Benvenuti

Robert Mangeng aus Dalaas führte dem Fotografen sein Handwerk vor.

Bargeld: Säule unserer Freiheit?

Für die einen ist es teuer, unhygienisch und umständlich, für die anderen unverzichtbar: unser Bargeld.

CASH. Finanzlobbyisten und Politiker fordern immer lauter die Abschaffung des Bargeldes. Unhygienisch, umständlich und teuer seien Münzen und Scheine und der elektronische Zahlungsverkehr viel bequemer und sicherer. Zuletzt wurde ja beschlossen, den 500-Euro-Schein abzuschaffen. Aus Sicherheitsgründen, wurde betont.

Bargeld-Befürworter halten massiv dagegen: Bargeld sei „gedruckte Freiheit“. Allein die Begrenzung von Bargeldzahlungen, wie es sie in Frankreich oder Griechenland bereits gibt, würde den Kontrollstaat ermöglichen. Bei einer Abschaffung würden Bürgerinnen und Bürger zu „Geiseln der Banken“, zu gläsernen Konsumenten.

Die AKtion hat die in der Vollversammlung der AK Vorarlberg vertretenen Fraktionen nach ihrer Meinung über eine mögliche Abschaffung des Bargelds befragt. Lesen Sie hier die jeweiligen Antworten.

Foto: Bilderbox

Bereits für Dostojewski war Bargeld „geprägte Freiheit“ – Finanzlobbyisten und Politiker wollen es hingegen so schnell wie möglich loswerden.

Liste AK-Präsident Hubert Hämmerle – ÖAAB/FCG

Fraktionsobmann Bernhard Heinzle

Bargeld-Abschaffung wäre für uns alle eine Katastrophe!

UNVERZICHTBAR. Zweifellos hat der bargeldlose Zahlungsverkehr Vorteile: Von zu Hause aus den Kontostand prüfen oder Überweisungen tätigen, ohne auf Öffnungszeiten oder Verkehrsmittel angewiesen zu sein, hat schon was. So gesehen sind einige Argumente der Bargeld-Gegner schon nachvollziehbar. Bargeld abzuschaffen, weil es unhygienisch sein soll, wäre mir hingegen noch nie in den Sinn gekommen. Warum auch? Schließlich wusste schon der römische Kaiser Vespasian, dass Geld nicht stinkt – wenn auch in anderem Zusammenhang. Aber Online-Banking hin, Kreditkarte her: Die Abschaffung des Bargelds wäre für die Menschen dieses Landes eine absolute Katastrophe. Jeder Einkauf und das gesamte Konsumverhalten würden für ewige Zeiten gespeichert. Der Mensch zu einer hilflosen, gläsernen Marionette von Datensammlern, Konzernen und von Finanzlobbyisten. Das Argument der Sicherheit, das bei der Abschaffung des 500-Euro-Scheins ins Treffen geführt wurde, ist meines Erachtens nur vorgeschoben. Gauner finden andere Wege, Geld zu verschieben. Viel größer ist wohl die Gefahr, dass auf Kosten der Bürger das angeschlagene Finanzsystem reformiert würde, wenn das Bargeld erst einmal abgeschafft ist. Sie würden – zum dritten Mal in 100 Jahren – ihre Ersparnisse verlieren.

▶ **E-Mail:** bernhard.heinzle@gpa-djp.at

Liste Manuela Auer – FSG

Fraktionsobfrau Manuela Auer

Mehr als nur ein Zahlungsmittel: Finger weg vom Bargeld!

EINGRIFF. Seit geraumer Zeit wird über eine Abschaffung des Bargeldes spekuliert. Angeheizt wird nun diese Debatte durch die massiven Vorstöße der Banken für eine Bankomatgebühr. Das Abheben von Bargeld würde dadurch unattraktiver und ein Schritt in Richtung Abschaffung gesetzt. Das lehnen wir ab! Fakt ist: Elektronische Zahlungsmöglichkeiten wie Bankomat- und Kreditkarten haben durchaus ihre Vorteile und werden von den BankkundInnen auch gerne genutzt. Das trifft aber auch auf das Bargeld zu. Dieses abzuschaffen, wäre ein weiterer Eingriff in unsere Privatsphäre und ein Verlust an persönlicher Freiheit und Anonymität. Dass sich weit über 90 Prozent gegen eine Abschaffung von Bargeld aussprechen und bei allen Maßnahmen in diese Richtung höchst misstrauisch sind, ist von daher nur allzu verständlich. Wie sollen unsere Kinder schätzen lernen, was Geld wirklich wert ist? Bei der Bezahlung mit Kreditkarten fehlt die unmittelbare Kontrolle über die Ausgaben. Für die Schuldenberatungen ein wesentlicher Grund, warum vor allem junge Leute oft in die Schuldenfalle tappen. Wenn wir aber mit Bargeld bezahlen, wissen wir genau, was wir bereits ausgegeben haben – ein Blick in die Geldtasche genügt. Auch von daher gilt für uns: Finger weg von unserem Bargeld!

▶ **E-Mail:** manuelaauer@manuelaauer.at

Liste Freiheitliche + Parteifreie Arbeitnehmer – FA

Fraktionsobmann Wolfgang Kofler

Österreich darf kein Überwachungsstaat werden

LETZTE BASTION. Bargeld ist aus meiner Sicht eine der letzten Bastionen der Souveränität, und die gilt es zu verteidigen. Jeder Bürger soll selbst entscheiden, auf welche Art er bezahlen will.

Der Kampf gegen Geldwäsche ist nichts weiter als eine leicht durchschaubare Finte der EU. Es geht nur darum, die Kontrolle über private Vermögen und Ersparnisse zu erlangen, um ungehindert darauf zugreifen zu können und etwa mittels Negativzins das Finanzsystem zu entschulden.

Der heutige Mensch ist ohnehin schon offen wie ein Buch. Die Abschaffung von Bargeld als Zahlungsmittel bedeutet die endgültige Entmündigung der Bürger(innen) sowie ein weiterer Schritt in Richtung „gläserner Mensch“. Durch eine Bargeld-Abschaffung geht die Anonymität beim Einkauf vollends verloren, und viele ältere Menschen hätten bei der Umstellung vermutlich große Probleme. Auch die visuelle Kontrolle über die eigenen Finanzen würde mit Sicherheit verloren gehen. Die aber ist gerade für unsere Kinder und das Erlernen des Umgangs mit dem Geld enorm wichtig.

Aus meiner Sicht ist es notwendig, das Bargeld in der österreichischen Verfassung zu schützen, damit uns weder die EU noch die EZB in unserer Freiheit weiter einschränken können.

▶ **E-Mail:** wolfgang.kofler@cable.vol.at

Liste Gemeinsam – Grüne und Unabhängige

Fraktionsobmann Sadettin Demir

Keine Panik! Nicht das Süppchen der Populisten mitkochen!

ÄNGSTE SCHÜREN. Der Trend geht langfristig sicherlich immer deutlicher in die Richtung eines bargeldlosen Geldverkehrs. Wer aber davon spricht, dass in Kürze das Bargeld abgeschafft würde, malt den Teufel an die Wand und schürt Panik. Auch die FPÖ hat hier – zuletzt im Bundespräsidentenwahlkampf – einmal mehr ein Thema gefunden, mit dem sie Ängste schüren kann, und versucht daraus politisches Kapital zu schlagen.

Sinnvoll ist es sicherlich, große Banknoten, insbesondere den 500-Euro-Schein, abzuschaffen. Dieser wird in erster Linie nur für Schwarzgeldtransfers benötigt. Ihn aus dem Verkehr zu ziehen, würde also Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit, Drogenhandel etc. zumindest (etwas) erschweren.

Der wachsende bargeldlose Transfer bringt Fragen des Daten- und Konsumentenschutzes und damit (neue) Aufgaben für die Arbeiterkammer mit sich. Sie muss dabei seriös und sachlich die Interessen der Arbeitnehmer/innen und Konsument/innen vertreten. Sie darf sich aber nicht der Versuchung hingeben, sich am populistischen Spiel der Rechten zu beteiligen und bei ihrer Suppe mitzukochen.

Im Übrigen gilt: Bargeld aus dem Bankomaten abzuheben muss kostenlos bleiben.

▶ **E-Mail:** Sadettin.Demir@gemeinsam-ug.at

Liste NBZ – Neue Bewegung für die Zukunft

Fraktionsobmann Adnan Dincer

Wollen wir Marionetten der Banken werden?

EINE SÄULE. Mit der Abschaffung des Bargelds würden wir eine Säule des freiheitlichen Rechtsstaates verlieren. Der Mensch wird endgültig zur Geisel der Banken, und wir würden ein Stück unserer Freiheit verlieren, dies sollten und müssen wir unbedingt verhindern.

Die drohende Bargeldabschaffung, die seitens der Banken und vieler Regierungen insgeheim gewünscht wird, hat einen ernsten Hintergrund, und zwar, dass unser Finanzsystems faktisch schon lange pleite ist, und somit der Geld-Abfluss verhindert werden soll. Dabei wird vergessen, dass eine Bargeldhortung keinen Sinn ergibt, wenn die Währung an sich ihren Wert verliert.

Ähnliche Diskussionen gibt es seit Jahrzehnten, und viele europäische Staaten haben bereits massive Einschränkungen eingeführt. Langfristig droht eine Enteignung des Bürgers. Wir müssen das Bargeld erhalten, denn es bietet dem Bürger Schutz und ermöglicht selbstständiges Handeln. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass Bargeld vielen Menschen hilft, ihre eigenen Konsumwünsche unter Kontrolle zu halten. Viele heben immer noch eine gewisse Summe vom Konto ab und zahlen jeweils in bar. Das hilft ihnen, einen Überblick über die Ausgaben zu behalten. Der würde verloren gehen, wenn alle Zahlungen elektronisch erfolgen würden.

▶ **E-Mail:** info@nbz-online.at

AK-BIBLIOTHEKEN Weil Lesen das Leben bereichert

● Bludenz
Bahnhofplatz 2; Di 10–12 und 13–19 Uhr, Mi bis Fr 10–12 und 13–18 Uhr, Tel. 050 / 258-4550, E-Mail: bibliothek.bludenz@ak-vorarlberg.at

● Feldkirch
Widnau 2–4; Di 10–19 Uhr, Mi bis Fr von 10–18 Uhr, Tel. 050 / 258-4510, E-Mail: bibliothek.feldkirch@ak-vorarlberg.at

● Digital
In der digitalen Bibliothek der AK findet sich ein breites Angebot an eBooks und auch Spezialbibliotheken. Ein Benutzer kann parallel 10 eMedien ausleihen. Wo? www.ak-vorarlberg.at/ebooks

Termine für Leser

● Buch am Bach
Vorarlbergs Kinder- und Jugendbuchmesse von 21. bis 23. Juni 2016 in Götzis – die AK ist mit dem Thema „Mangas" stark vertreten.

● Badebuch
Die AK-Bibliothek ist auch diesen Sommer im Erlebnis-Waldbad.

Lesen macht das Reisen leichter

LESESOMMER. Sommer, Sonne, Lesen – das gehört für viele untrennbar zusammen. Die Teams der beiden AK-Bibliotheken in Feldkirch und Bludenz wissen das nur zu gut. „Wir haben etwa 2000 Bücher zum Thema Reisen", sagt Bibliotheksleiterin Ulrike Keckeis, „und der Bestand wird fortlaufend erneuert." Dabei geht es nicht nur ums Ausland. Allein der Bereich „Reise und Vorarlberg" umfasst etwa 160 Bücher.

Dabei sind nützliche Publikationen wie Wanderführer und Sportführer das eine. Historische und literarische Reiseberichte vermögen ebenso wie fundierte Kunstreiseführer auf ganz andere Art, Reiselust und Vorfreude auf den kommenden Sommer zu schenken.

Die AK-Bibliotheken bieten umfangreiche Reiselektüre an.

AK BÜCHER-TIPPS

Waste, Jörg / Alifredi, Giorgio: Ich bleibe im Valle Maira – Lebensperspektiven in einem rauen Land; Rotpunktverlag

Salomon, Wolfgang: Triest abseits der Pfade; Braumüller Verlag

Ortheil, Hanns-Josef: Die Insel der Dolci; Langen Müller Verlag

Machreich, Wolfgang: EU-Gipfel – 28 Höhepunkte Europas, auf die man stehen muss; traveldiary.de Verlag

Vogeley, Michael: Fernwanderwege in Europa; Bruckmann Verlag

Orth, Stephan: Couchsurfing im Iran; Malik

Schrader, Halwart: 1001 Wanderwege; Ed. Olms Zürich

Motorliebe: Auf der Vespa durch die USA; Delius-Klasing

Sedano, Nina: Die Ländersammlerin; Eden Books

Was nächsten Monat zählt

SPORT Für viele steht der Juni ganz im Zeichen des runden Leders: Am 10. startet die Fuball-EM, Österreich spielt erstmals am 14. Juni • **SOMMER** Am 21. beginnen die Tage bereits wieder kürzer zu werden • **REISEN** Die WHO lockert die Impf-Empfehlungen für Reisen in „südliche" Länder

Gewinnen Sie ein Solarpanel für Ihren Rucksack!

Senden Sie die Antworten auf die drei Fragen zu dieser Ausgabe der AKtion bitte bis 17. Juni 2016 an gewinnen@ak-vorarlberg.at oder auf einer Postkarte an AK Vorarlberg, AKtion, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, und Sie nehmen an der Verlosung eines Solarpanels für Ihren Rucksack teil. Wir wünschen Ihnen viel Glück! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Das erste Solarpanel hat Hildegard Längle aus Weiler gewonnen. Wir gratulieren!

● Frage 1: Wie viele italienische Staatsbürger arbeiten in Vorarlberg?

● Frage 2: Wie viele Gehaltskontomodelle bezogen die AK-Konsumentenschützer in ihren aktuellen Vergleich ein?

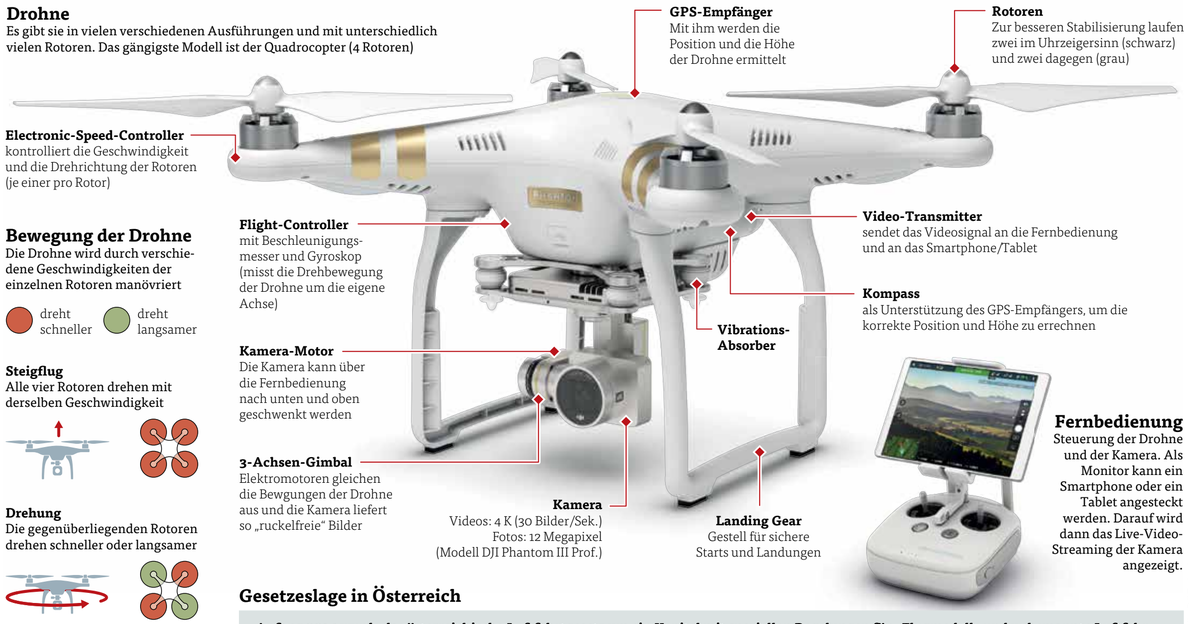
● Frage 3: Was wünschen sich laut AK-Nachhilfestudie 70 Prozent der Eltern?

Foto: Jürgen Gerbach

Drohnen über dem Vorgarten? Was erlaubt ist und wie sie funktionieren

Drohnen werden immer beliebter. Aber sie sind nicht ungefährlich. Sei es, dass sie unkontrolliert wieder runterkommen, sei es, dass ihre Kameras Intimsphären verletzen. Die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc will noch 2016 europäische Regeln für die Anwendung von Drohnen vorschlagen. Auch ein europäischer Drohnenführerschein sei möglich.

Drohne
Es gibt sie in vielen verschiedenen Ausführungen und mit unterschiedlich vielen Rotoren. Das gängigste Modell ist der Quadrocopter (4 Rotoren)



Bewegung der Drohne
Die Drohne wird durch verschiedene Geschwindigkeiten der einzelnen Rotoren manövriert

Steigflug
Alle vier Rotoren drehen mit derselben Geschwindigkeit

Drehung
Die gegenüberliegenden Rotoren drehen schneller oder langsamer

Vorwärtsbewegung
Die beiden vorderen Rotoren drehen langsamer

Fernbedienung
Steuerung der Drohne und der Kamera. Als Monitor kann ein Smartphone oder ein Tablet angesteckt werden. Darauf wird dann das Live-Video-Streaming der Kamera angezeigt.

Grafik: KEYSTONE, Fotos und Quelle: DJI Technologies

Gesetzeslage in Österreich

Anfang 2014 wurde das österreichische Luftfahrtgesetz um ein Kapitel mit speziellen Regelungen für „Flugmodelle und unbemannte Luftfahrzeuge" ergänzt. Vom Gesetz ausgenommen sind „Spielzeuge" – definiert als unbemannte Geräte mit einer begrenzten Bewegungsenergie, die nicht höher als 30 Meter über dem Boden fliegen. Als „Flugmodelle" gelten dagegen Geräte, die nur in einem Umkreis von 500 Metern geflogen werden und bei denen eine Sichtverbindung zum Piloten besteht. Sie dürfen nicht gewerblich genutzt werden und müssen unter 25 Kilogramm wiegen. Sind sie schwerer, braucht man eine Bewilligung der zuständigen Luftfahrtbehörde Austro Control (in manchen Fällen sogar einen Pilotenschein). So eine **Bewilligung ist auch erforderlich, wenn an der Drohne eine Kamera befestigt ist, die Bilder abspeichert**.

Achtung: Wer eine Drohne über 25 Kilo ohne Bewilligung steuert, muss nach dem Luftfahrtgesetz mit einer Geldstrafe **bis zu 22.000 Euro rechnen**. Liegen erschwerende Umstände vor, so kann neben einer Geldstrafe auch eine **Freiheitsstrafe von bis zu sechs Wochen** verhängt werden.

BANKOMATGEBÜHR In Zukunft soll das Abheben des eigenen Gelds am Automaten extra kosten

Banken schlägt heftiger Widerstand entgegen

95 von 100 Konsumenten haben kein Verständnis, dass sie für etwas bezahlen sollen, was sie selbst am Automaten erledigen.

GELDBEHEBUNG. Die AK Vorarlberg sagt klar Nein zu künftigen Bankomatgebühren: Bei der Bankomatabhebung dürfen keine Kosten anfallen. Über ein Online-Voting lotet die AK seit dem Vormonat die Meinung der Konsumenten aus: Soll das Abheben weiterhin kostenfrei bleiben oder sollen die Banken dafür etwas verlangen dürfen?

Das Zwischenergebnis bei Redaktionsschluss fällt eindeutig aus: 95,29 Prozent positionierten sich als Gegner einer flächendeckenden Bankomatgebühr*). Sie haben weiterhin die Möglichkeit, an der Online-Umfrage der AK Vorarlberg teilzunehmen. Rechts ein Auszug aus Kommentaren, die von Konsumenten abgegeben wurden.

▶ **Der QR-Code** führt direkt zum AK-Voting. Sie können auf Ihrem Internet-Browser auch diesen Link eingeben http://bit.ly/1qDsuAQ

*) Einige regionale Banken verrechnen bereits pro Abhebung eine Gebühr, die mitunter erst im Kleingedruckten zu entdecken ist. Fällig wird die Gebühr vor allem, wenn es sich nicht um Bankomaten der Hausbank des Kunden handelt.

AK-Umfrage: Österreichs Banken denken über eine eigene Bankomatgebühr nach. Was halten Sie davon?

Wofür bezahle ich dann Kontoführungsgebühren?
✉ Marcel R.

Wenn das Abheben von Geld an Bankomaten kostenpflichtig wird, werde ich möglichst oder sicher keine Bankomaten mehr benützen. Ich werde dann mehr Geld daheim haben, d. h. weniger auf das Konto bei der Bank einzahlen usw.
✉ Robert Flatz

Früher wurde man bedient, wenn man am Schalter Geld behoben hat. Das hat nichts gekostet. Nun macht man es am Bankomat selbst und dafür wollen die Banken noch Geld. Das ist nicht in Ordnung.
✉ W. Rukowski

Die Steuerzahler haben die Banken gerettet und jetzt bedanken sie sich dafür. Man braucht doch Bonizahlungen ... und das Volk soll sich einen Lutscher kaufen?
✉ Christine Hämmerle

„Die" Banken haben mittlerweile so viele Förderungen erhalten, dass zusätzliche Gebühren von den Kunden aus meiner Sicht nicht tragbar sind!
✉ Roslinde Gächter

Was dürfen sich die Banken unter staatlichem Schutz noch erlauben? Zuerst MUSS man ein Konto haben, damit sie MEINEN Lohn gegen Gebühr verwalten dürfen, und jetzt soll ich auch noch für MEIN Geld am Bankomat Gebühren zahlen. Dies fällt doch wohl unter Serviceleistung. Das ganze Banken- und Zahlsystem ist doch nur noch eine Frechheit. Die Banken kassieren, und wenn sie Pleite gehen, zahlen die Bürger nochmal. Das ist moderne Piraterie.
✉ Bernhard Künz

Das Abheben am Bankomat soll kostenfrei bleiben!
✉ Antoinette Vogel

Es gibt schon genug Gebühren!
✉ Klaus Kienreich

Also, so wie die Zins-Situation zur Zeit ist, fände ich es eine Zumutung, auch noch fürs eigenständige Bedienen eines Automaten etwas zu verlangen. Wenn das im Ausland ist oder bei einer fremden Bank, dann könnte man darüber nachdenken, aber nicht bei der Hausbank!
✉ Roswitha Satzinger

Gebühren für die Maestrokarte werden ja schon vorgeschrieben. Sollten tatsächlich Bankomatgebühren extra pro Abhebung eingeführt werden, werde ich einmal am Monatsanfang das gesamte Guthaben des Girokontos abheben – und das war's dann!

Der neuerliche Angriff auf die Geldbörse der Bankkunden dürfte, wie schon mehrere unüberlegte Maßnahmen der Banken, ein Schuss nach hinten sein.
✉ Ernst Fussenegger

Ich halte nichts von neuen Gebühren. Jetzt bekommt man bei der Bank schon keine Zinsen auf das Sparbuch mehr, und dafür will man für das Abheben von dem monatlichem Einkommen und Erspartem auch noch abkassieren. Die Kassen können nie genug bekommen und haben eh schon so viel von den Sparern. Ich bin der Meinung, dass jetzt wirklich einmal Schluss sein soll.
✉ Rüdiger Doppelreiter

Weshalb eigentlich? Da streichen Banken tausende Stellen, an jeder Ecke steht ein Bankomat (also keine Neuanschaffungen notwendig), und ich soll, wenn ich selbst zum Bankomat gehe und einen Teil meines eigenen Geldes abhebe, noch dafür zahlen?

Oh, Pardon, wie kann ich nur so blauäugig sein! Ich habe ja ganz die Boni der Bosse vergessen ...
✉ Roland Gmeiner

Ich finde es gerechtfertigt, dass Banken bei Behebungen von Fremdkunden eine Gebühr für die Bankomatbehebung verrechnen. Für Behebungen von eigenen Kunden sollen keine Gebühren anfallen.
✉ Maria Ammon

Ich finde das nicht in Ordnung. Ich hätte gerne gewusst, wie es aussehen würde, wenn niemand mehr Geld auf die Bank bringt.
✉ Werner Kumhart

Wenn jede Abhebung etwas kostet, dann werden nur noch möglichst hohe Beträge abgehoben. Entweder habe ich immer eine größere Summe bei mir oder ich muss das Bargeld wieder zu Hause horten, um den Gebühren möglichst zu entgehen.

Sicher ist es ein Aufwand, die Bankomaten immer zu befüllen. Aber man macht das praktisch für die eigenen Kunden, denn jeder hebt bei der eigenen Bank ebenso wie bei Fremdbanken das Geld ab. Somit gleicht sich das größtenteils wieder aus. Früher musste man alles bar an der Kasse holen, das war wesentlich mehr Arbeit als die Befüllung ausmacht.

Leider wird das feine, bargeldlose Quick immer mehr zurückgedrängt. Immer mehr Firmen nehmen dieses Geld nicht mehr an.
✉ Renate

Die Banken machen es sich einfach! Schalterbeamte gibt es nur noch sehr wenige, die meisten Bankgeschäfte muss ich selber erledigen, und jetzt soll ich noch für etwas bezahlen, wo mir keine Leistung gegenübersteht!
✉ M. Handlos

Wenn Banken so weitermachen, verlange ich mein Gehalt vom Arbeitgeber in bar. Draghi schafft Zinsen ab und Banken überlegen sich nur noch, wie und wo sie Gebühren einheben können. Redliche Sparer und Arbeitnehmer werden von diesem System nur noch abgezockt.
✉ Alexander Sapletan

AK Vorarlberg bringt Bestseller-Autor ins Land

Man muss nicht einmal an Verschwörungstheorien glauben – es genügen schon simple Fakten, um die gravierenden negativen Auswirkungen auf unser Leben zu erkennen, die die Abschaffung des Bargelds mit sich bringt. „Schon die Begrenzung von Bargeldzahlungen ermöglicht den Kontrollstaat", schreibt der deutsche Finanzmarktexperte Prof. Max Otte in seinem aktuellen Buch „Rettet unser Bargeld!". In einer Welt, in der nur noch bargeldlos bezahlt werden kann, ist alles in Datenbanken dauerhaft registriert. Otte: „Ihr Profil wird zum Eigentum einer oder mehrerer Konzerne. Ihr Profil wird zur Ware. SIE werden zur Ware!" Was noch vor wenigen Jahren undenkbar war, sei heute bedrohlich nahe gerückt. Der „Krieg gegen Bargeld" werde mit allen Mitteln der Propaganda, Meinungsbeeinflussung und Einschüchterung geführt. Noch sei Widerstand möglich und geradezu Bürgerpflicht, sagt Otte.

Prof. Max Otte, profilierter Finanzmarktexperte

Am 28. Juni wird er auf Einladung der AK Vorarlberg zu den Hintergründen und Auswirkungen der bereits schleichend eingeführten Abschaffung des Bargelds referieren.

▶ **Prof. Max Otte in der AK Vorarlberg:** Dienstag, 28. Juni 2016, 19.30 Uhr im Saal der AK Feldkirch, Widnau 2–4, Eintritt frei. Wir bitten um Anmeldung unter bildung@ak-vorarlberg.at oder Telefon 050/258-4026
▶ Max Otte: **Rettet unser Bargeld!**, Ullstein Streitschrift, 48 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-550-08158-3, 7,20 €

Anmeldung zur Zertifizierung www.salvus.at
Einreichschluss: 31. Januar 2017
salvus Vorarlberger Gütesiegel

AK COMPUTER-TIPP

von Oliver Fink, Leiter der EDV-Abteilung der AK Vorarlberg

Camstudio

Bei diesem Programm handelt es sich um einen sogenannten „Screenrecorder" – das heißt: Das Programm nimmt alles auf, was auf dem Bildschirm passiert, aber auch den Ton. Camstudio speichert die entstandenen Videos als AVI- oder SWF-Datei ab. Natürlich kann in Camstudio auch eingestellt werden, ob der gesamte Bildschirm oder nur ein Teil aufgenommen wird. Es lassen sich auch Texte und grafische Objekte in das Video einbinden. Wie immer handelt es sich auch bei diesem Programm um Open-Source. Die Software kann also frei heruntergeladen, installiert und verwendet werden. Download unter: http://p.sf.net/camstudio/stable

▶ **E-Mail:** oliver.fink@ak-vorarlberg.at

Bonusmeilen: Vorteil muss länger gelten

Das Handelsgericht Wien erklärte die Klausel des Meilensammelprogramms der Fluggesellschaft KLM, die einen Verfall von „Premiummeilen" nach nur 20 Monaten vorsieht, für unzulässig. Bei den gesammelten oder zugekauften Premiummeilen handelt es sich nach Ansicht des Gerichts um gutscheinähnliche Zugaben, deren Gültigkeitsdauer – wie jene von Gutscheinen – 30 Jahre beträgt. Eine Beschränkung der Gültigkeit sei zwar möglich, müsse aber sachlich gerechtfertigt sein. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Informationspflicht für Internetanbieter

Internetanbieter sind seit 30. April durch die EU verpflichtet, vor Vertragsabschluss bzw. vor Erneuerung eines alten Vertrages die Kunden klar und verständlich über bestimmte Eigenschaften des Zugangs zu informieren. Darunter fallen etwaige Volumenbeschränkungen und wie hoch die minimale normalerweise zur Verfügung stehende und die maximale Download- und Upload-Geschwindigkeit ist.

IM FRÜHLING HAT DER KAUTIONS-TRICK HOCHKONJUNKTUR

Foto: Fotolia

Vorsicht mahnt Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der AK-Konsumentenberatung, bei Studienanfängern bzw. deren Eltern an: „Spätestens jetzt wird in Wien und in anderen Unistädten nach einer günstigen Wohnung gesucht, was Betrüger mit dem sogenannten Kautions-Trick ausnützen. Vor allem auf Online-Portalen werden auffallend billige Mietwohnungen offeriert. Tritt man dann mit dem angeblichen Besitzer oder Makler in Kontakt, kommen dann alle möglichen Geschichten, warum er oder sie bei der vereinbarten Besichtigung verhindert ist. Aber gerne schicke man den Schlüssel zu, heißt es, zur Sicherstellung solle jedoch ein bestimmter Betrag überwiesen werden. Leider stellt sich dann heraus, dass alles nur ein Schwindel war und es die betreffende Wohnung gar nicht gibt. Das Geld ist natürlich weg."

Reale Gefahr mit virtuellem Geld

„OneCoin" nennt sich eine neue virtuelle Geldmaschine, die ähnlich wie Bitcoin funktionieren soll. Die AK warnt davor, den Versprechungen zu glauben.

KRYPTOWÄHRUNG. Wurden Sie auch schon im Bekanntenkreis angesprochen? Wer frühzeitig auf „OneCoin" aufspringt, könne in kurzer Zeit viel Geld verdienen …

Allein schon dieses „Aufspringen" sollte stutzig machen, erinnert die Aufforderung doch frappant an den Mechanismus, der allen Pyramidenspielen zugrunde liegt: Nur die Ersten haben (wenn überhaupt) mathematisch eine Chance, von einem nebulosen System zu profitieren. Den meisten bleibt jedoch der finanzielle Schaden.

So lautet auch bei „OneCoin" das Versprechen, wer jetzt in diese Kryptowährung investiert und kauft, werde durch die tolle Wertentwicklung reich. Eigenartig ist unter anderem, dass die österreichische Webseite seit Wochen wegen angeblicher „Wartungsarbeiten" offline ist. Stutzig macht auch der Firmensitz Gibraltar mit seinen – gelinde gesagt – juristischen Eigenheiten.

Finanzielles Abenteuer

„Vieles deutet auf das nächste Schneeballsystem hin", warnt Mag. Paul Rusching von der Konsumentenberatung der AK Vorarlberg vor einem Einstieg. Erste Fälle landeten bereits auf seinem Tisch, in denen gutgläubige Vorarlberger „OneCoins" gekauft haben, jetzt aber auf dem virtuellen Geld sitzen bleiben. Der Traum vom schnellen Geld führte sogar so weit, dass ein Konsument bei der Bank einen größeren Kredit zum Kauf von „OneCoins" aufnehmen und diesen durch die Wohnung besichern wollte. Weil ihm die Bank den Kredit verweigerte, erwartete er Hilfe von der AK-Konsumentenberatung. Rusching konnte ihn schließlich überzeugen, die Finger von dem finanziellen Abenteuer zu lassen.

Es bleiben viele Fragen offen, weil es beispielsweise keinen offenen Handel mit den „OneCoins" gibt, sondern nur ein geschlossenes System. Wie der behauptete Wert der angeblichen Kryptowährung zustande kommt, ist nicht nachvollziehbar. In Internet-Foren häufen sich Berichte über Hürden, „OneCoins" wieder in reale Währungen umzutauschen. Offenbar zielt alles nur darauf ab, durch ständig neue „Investoren" echtes Geld einzusammeln.

Das Ganze als Investment zu betrachten, halten wir für sehr bedenklich.

Mag. Paul Rusching
AK-Konsumentenberatung

Foto: Fotolia

Das System „OneCoin" verspricht das schnelle Geld durch die angeblich tolle Kursentwicklung. Die AK rät: Finger weg!

Bearbeitungsgebühr ist doch zulässig

KREDIT. Anders als alle Unterinstanzen meint der Oberste Gerichtshof (OGH), dass die Bearbeitungsgebühr zulässig ist, die die Bank für Tirol und Vorarlberg (BTV) für Kredite verlangt. Bei einem Konsumkredit werden 2,5 Prozent Bearbeitungsgebühr fällig, bei einem hypothekarisch besicherten Verbraucherkredit immerhin noch ein Prozent.

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hatte die Bank im Auftrag der AK Vorarlberg geklagt und in den ersten Instanzen auch Recht bekommen. Es ging um die juristischen Fragen, ob die Kreditbearbeitungsgebühr der BTV „kontrollfähig" und für die Kreditnehmer „gröblich benachteiligend" ist und intransparent zustande kommt. Das alles verneinte das Höchstgericht.

Der OGH begründet die Zulässigkeit der Kreditbearbeitungsgebühr damit, dass mit ihr ein bestimmter Aufwand abgegolten werde. Nach seiner Rechtsprechung sei ja auch die Gebühr für die Depotübertragung und die Kontoführungsgebühr für Kreditkonten zulässig. Außerdem diene die Bonitätsprüfung dem Schutz des Kreditnehmers.

Erste Bank negiert Folgen eines Urteils

Gericht stellte klar fest, dass Klauseln für Fremdwährungskredite gesetzwidrig sind.

UMRECHNUNG. Bereits im November hatte das Handelsgericht Wien bestimmte Klauseln zur Währungsumrechnung in Kreditverträgen der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG als gesetzwidrig beurteilt. Bei Fremdwährungskrediten war auf das sogenannte „Erste Bank Devisenfixing" verwiesen worden – dem darin enthaltenen Aufschlag lag jedoch kein objektiver Parameter zugrunde. Vielmehr wird der Kurs letztlich ohne irgendeine sachliche oder betragliche Begrenzung von der Bank gebildet. Schon geringe Abweichungen wirken sich für die Kreditnehmer deutlich nachteilig aus.

Die Verbandsklage war vom Verein für Konsumenteninformation (VKI) auf Betreiben der AK Vorarlberg eingebracht worden. Die Erste Bank legte zuerst Berufung gegen das Urteil ein, zog diese vor Kurzem aber überraschend zurück. Damit ist das Urteil rechtskräftig.

Allerdings zieht die Erste Bank ihre eigenen Schlüsse: Derzeit informiert sie ihre Kunden, dass nur eine leichte Korrektur vorgenommen und es nur kleine Gutschriften geben wird. AK Vorarlberg und VKI sind sich einig, dass nach dem eindeutigen Gerichtsurteil die verrechneten Aufschläge zur Gänze zurückbezahlt werden müssen. Zur Zeit werden daher weitere Klagen gegen die Erste Bank geprüft, um den betroffenen Kreditnehmern zu ihrem Recht zu verhelfen.

WhatsApp muss seine AGB übersetzen

Der beliebte Internet-Dienst WhatsApp muss seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen ins Deutsche übersetzen. Das Berliner Kammergericht gab mit dieser Anordnung einer Klage des deutschen Bundesverbandes der Verbraucherzentralen statt. AGB von Unternehmen sind ohnehin oft lang und für Konsumenten schwer verständlich, argumentierten die Konsumentenschützer. Dass Millionen Nutzer von WhatsApp diese nicht auch noch in einer fremden Sprache hinnehmen müssen, sei auch ein wichtiges Signal an andere internationale Unternehmen. Sobald das Urteil rechtskräftig ist, müssen die AGB übersetzt werden. Sollte das Unternehmen dem nicht nachkommen, droht ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 250.000 Euro, so das Gericht.

Kleine Portionsangabe trickst Käufer aus

Göttinger Wissenschaftler wiesen nach, wie leicht sich Konsumenten in die Irre führen lassen. Die Mehrzahl orientiert sich an der Kalorienangabe auf der Vorderseite von Lebensmittelpackungen. Diese steht jedoch im Verhältnis zu einer (kleinen) Portionsgröße, die der Hersteller selbst bestimmt.

Preise für Gehaltskonten sind enorm gestiegen

Überziehungszinsen noch immer extrem hoch. Guthabenzinsen liegen im Schnitt bei fast null Prozent.

BANKEN. Ein Gehaltskonto ist im Vergleich zum Vorjahr um ein knappes Viertel teurer geworden und kostet einen Normalnutzer nun durchschnittlich rund 108 Euro pro Jahr. Im Jänner 2015 war ein Gehaltskonto noch deutlich billiger: Es kostete im Schnitt 88,08 Euro. Das zeigt ein aktueller AK-Preisvergleich von 40 Gehaltskonten bei 17 Filial- und Onlinebanken. Die Arbeiterkammer hat dazu die Preise für eine durchschnittliche Nutzung mit 280 Buchungen pro Jahr und ohne Kontoüberziehung herangezogen. Hier die wichtigsten Ergebnisse.

Zwei Banken verzinsen gar nicht

Die Kosten bewegen sich jährlich zwischen null (easy gratis / easybank; Hello Gehaltskonto / Hello bank!) und 315,26 Euro (BTV-Gehaltskonto / Bank für Tirol und Vorarlberg). Allerdings enthalten die teureren Kontomodelle im Schnitt mehr Leistungen als die günstigeren, etwa eine oder mehrere Kreditkarten.

Die Zinsen für Guthaben liegen bei durchschnittlich 0,05 Prozent. Sie betragen zwischen null (Relax-Konto und Online-Konto / Bank Austria; BTV Kompakt und BTV-Gehaltskonto / Bank für Tirol und Vorarlberg) und 0,25 Prozent (easy konto / easybank). Zwei Banken sind somit nicht mehr bereit, überhaupt eine Verzinsung des Guthabens zu gewähren.

Sollzinsen nur wenig gesunken

Wer sein Konto überzieht, zahlt teuer drauf – im Schnitt betragen die Sollzinsen zehn Prozent. Konkret verlangen die Banken für Überziehungen sechs Prozent (Classic Konto/Austrian Anadi Bank) bis 13,50 Prozent (Gehaltskonto / VakifBank) an Zinsen. „Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auf dem Geld- und Kapitalmarkt sind die Sollzinsen sehr happig", kritisiert der AK-Konsumentenschutz. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Guthabenzinsen im Schnitt um 60 Prozent gesenkt, die Sollzinsen jedoch nur um bescheidene 9,3 Prozent.

AK KONSUMENTEN-TIPP

Vergleichen und verhandeln Sie!

- In vielen Fällen haben Sie Verhandlungsspielraum bei den Zinsen für Überziehung und Guthaben. Reden Sie mit Ihrem Bankberater.
- Teuer, wenn kein Dauerauftrag geht: Wird der Dauer- oder Einziehungsauftrag wegen eines überzogenen Kontos nicht durchgeführt, kann das bis zu zehn Euro kosten. Ändern Sie eventuell den Durchführungszeitpunkt, etwa wenn das Gehalt eingeht.
- Pauschal ist nicht pauschal: Prüfen Sie bei Konten mit Pauschalverrechnung, ob alle oder nur ganz bestimmte Buchungen kostenlos sind.
- Achtung, Einzelverrechnung: Bei Konten mit Einzelverrechnung gilt: weniger Transaktionen, weniger Spesen.
- Bargeschäfte am Schalter vermeiden: Barbehebungen oder Bareinzahlungen am Schalter können teuer kommen. Bankomaten sind billiger als Schalterbehebungen – noch (siehe Seite 9).
- Gehaltskonten vergleichen: Unter ak-bankenrechner.at können Sie im Internet die Zinsen und Spesen für Gehaltskonten vergleichen.

Mehr Klarheit für Bankkunden

Die Kostenexplosion innerhalb eines Jahres ist für die AK-Experten nicht begründbar. Kritisiert wird auch, dass Kontomodelle nur schwer miteinander vergleichbar sind. Hier soll aber ab Herbst das neue Verbraucherzahlungskontogesetz Kunden mehr Transparenz bieten.

Nichts für die Kleinsten

Buggys sind leicht und kompakt. Doch viele Modelle sind für die Sprösslinge wenig komfortabel.

VKI-TEST. Buggys sind für Eltern eine feine Sache. Sie haben wenig Gewicht, lassen sich zusammenklappen und passen in jeden Kofferraum. Anders als mit einem sperrigen Kinderwagen kommt man mit ihnen auch ohne fremde Hilfe problemlos in öffentliche Verkehrsmittel. Und sie haben auch Vorteile für die Kinder. Die Sprösslinge können selbst aus dem Buggy aussteigen, wenn sie lieber laufen möchten. Oder in ihn hineinklettern, wenn sie das Bedürfnis überkommt, ein Nickerchen zu machen.

Buggy von Anfang an?

Warum nicht gleich mit einem Buggy beginnen, denken viele Eltern, und sich den teuren, sperrigen Kinderwagen einfach sparen? Ganz schlechte Idee! Auch wenn manche Hersteller ihre Buggys für Kinder ab der Geburt anbieten: Neugeborene sind in einer Tragetasche oder Babywanne am besten aufgehoben. Nur dort liegt ihre Wirbelsäule gerade und sie haben ausreichend Platz, um sich zu bewegen. Altersgerecht ist der Buggy erst dann, wenn der Nachwuchs zumindest selbstständig sitzen kann.

Viele Sitze sind zu schmal. Da bleibt nicht viel Reserve fürs Wachstum und kaum Platz für dicke Winteroveralls. In manchen Buggys sitzen die Kinder aber nicht nur eingezwängt, sondern auch zu weit hinten, was beim Abwinkeln der Beine Probleme macht. Ausgesprochen ärgerlich ist, dass kein einziges der vom VKI getesteten Modelle verstellbare Fußstützen hat. Und so hängen in der täglichen Praxis die Beinchen entweder in der Luft oder sie werden zu stark abgewinkelt. Vor allem in Kombination mit zu tiefen Sitzen führt Letzteres zu überbeugten Hüften und damit zu einer sehr unbequemen Sitzposition.

Schiebegriffe, Stoff und Regenschutz sind mitunter beträchtlich mit bedenklichen Substanzen belastet. Beim Hauck fanden sich gefährliche Chlorparaffine im Griff, die seit 2002 verboten sind. Hauck startete mittlerweile eine Rückrufaktion. Beim Chicco wurde ein möglicherweise krebserregendes Flammschutzmittel entdeckt. Besser Finger weg!

▶ **Detaillierte Testergebnisse** (kostenpflichtig): www.konsument.at/buggys042016

Testergebnisse Kinderbuggys

Marke	Type	Mittlerer Preis in €	Testurteil Erreichte von 100 Prozentpunkten	AUSSTATTUNG: Transportmaße LxBxH in cm	Gesamtgewicht in kg	Schieberhöhe min./max. in cm	Bügel als Haltemöglichkeit	Max. Zuladung im Einkaufskorb in kg	KINDGERECHTE GESTALTUNG 45 %	Sitzkomfort	Gurtsystem	Federung	Regenschutz	Sonnenschutz	HANDHABUNG 35 %	Erstmontage	Zusammenlegen und Aufklappen	Umbauen und Verstellen	Schieben	Bremsen	Fahren auf versch. Untergründen	Tragen und Transportieren	Reinigen	HALTBARKEIT 5 %	SICHERHEIT 5 %	SCHADSTOFFE 10 %
Nuna	Pepp Luxx	**270,–**	**gut** (70)	82x55x28	10,2	93/102	●	4,5	+	o	+	+	++	++	+	++	++	+	o	++	+	+	+	++	+	+
Maclaren	Techno XT	**330,–**	**gut** (68)	105x34x37	8,5	106/109	❍	2,0	+	o	++	++	++	+	+	++	+	+	o	++	o	o	+	++	+	+
Baby Jogger	Vue Lite	**269,–**	**gut** (64)	102x32x38	7,0	103	❍	4,5	+	o	+	+	++	++	o	+	+	o	o	o	o	+	+	++	+	+
Peg Perego	Pliko P3 Compact Classico	**345,–**	**gut** (64)	102x35x45	9,4	98/102	●	5,0	+	o	++	+	++	+	o	o	+	o	o	+	+	o	o	o	++	+
Knorr-Baby	Vero XL Happy Colour	**119,–**	**gut** (62)	99x50x38	9,4	103	●	5,0	+	o	++	+	e.	++	+	+	++	o	o	+	o	o	+	++	+	o
ABC Design	Takeoff	**219,–**	**durchschnittlich** (56)	50x45x35	8,0	102	●	2,0	o	–	+	++	++	+	o	++	+	–	o	+	o	o	+	++	+	o
Joie	Nitro	**110,–**	**durchschnittlich** (56)	109x32x26	7,6	103	●	4,5	o	–	+	++	++	+	+	+	++	o	o	o	o	+	o	++	+	o
TFK	Dot	**199,–**	**durchschnittlich** (56)	67x34x37	7,5	104	●	5,0	o	–	+	+	++	++	o	+	–	o	o	+	+	+	o	++	+	+
Quinny	Zapp Xtra²	**270,–**	**durchschnittlich** (54)	101x33x39	9,3	98	❍	2,0	o	–	+	+	++	++	o	+	–	–	+	+	o	+	o	++	o	+
Cool Baby	Jan	**99,–**	**durchschnittlich** (52)	106x32x31	8,5	103	●	3,0	o	–	++	+	e.	++	o	+	+	–	o	o	+	+	o	++	+	–
Recaro	Easylife	**230,–**	**durchschnittlich** (52)	60x48x30	6,1	103	❍	5,0	o	–	+	+	++	+	o	++	++	–	o	o	o	+	+	++	o	–
Chic 4 Baby	Lido	**120,–**	**durchschnittlich** (50)	105x33x28	7,8	104	●	4,0	o	o	+	+	e.	+	o	+	+	o	o	–	o	+	+	++	o	o
Kiddy	City'n Move	**189,–**	**nicht zufriedenst.** (10)	107x35x45	9,8	101	●	5,0	o	o	+	+	e.	++	o	+	+	o	o	o	+	o	+	– –	+	o
Hauck	Shopper Comfortfold	**90,–**	**nicht zufriedenst.** (2)	89x51x38	7,6	–	●	3,0	+	o	++	+	e.	+	–	o	++	–	– –	++	o	o	++	–	o	– –
Chicco	Lite Way	**170,–**	**nicht zufriedenst.** (0)	108x35x36	8,5	100	●	3,0	+	o	+	+	++	++	+	+	+	o	+	o	+	+	o	++	+	– –

Zeichenerklärung: ● = ja ❍ = nein e. = entfällt **Beurteilungsnoten:** sehr gut (++), gut (+), durchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (–), nicht zufriedenstellend (– –) **Prozentangaben** = Anteil am Endurteil **Preise:** März 2016

Bedarfsgerechtes Seminar für Gemeindebedienstete und Betriebsräte mit Eva Häfele (ganz rechts).

Zuwanderung: Neuer Workshop für Gemeindebedienstete

HERAUSFORDERUNG. Im November 2015 hat die AK Vorarlberg eine Studie mit dem Titel „Europäisch, jung, mobil – Neue Zuwanderung nach Vorarlberg 2008 bis 2014" veröffentlicht. Seither hat das Thema „Zuwanderung" durch die Flüchtlingskrise an Bedeutung gewonnen.

In Zusammenarbeit mit der Studienautorin Eva Häfele bietet die AK spezielle Workshops an. Der erste Workshop für Mitarbeiter von Gemeinden wurde schon durchgeführt und fand großen Anklang.

Speziell an Betriebsräte richtet sich ein zweites Angebot. Für sie ist es wichtig, diese neu Zugezogenen bei der Integration in das Unternehmen und die Gesellschaft zu unterstützen. Dazu ist es nötig, ihre unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensperspektiven zu kennen.

Informationen zu den Workshops erhalten Sie in der Abteilung Bildungspolitik.

▶ **Anmeldung** für das Gemeinde-Seminar am 20. Juni unter: bildungspolitik@ak-vorarlberg.at, 050/258-4110, Gerhard Ouschan

UMFRAGE Warum haben Sie das Seminar „Zuwanderung nach Vorarlberg" besucht?

Ähnliches gemeistert

Ich wollte mehr über die Studie von Eva Häfele erfahren. Aber ich fand auch die Geschichte der Zuwanderung nach Vorarlberg äußerst interessant. Auch wenn die derzeitige Situation als außerordentlich dargestellt wird, lehrt uns die Vergangenheit, dass wir Ähnliches schon gemeistert haben.

Eva-Maria Hochhauser, Fachstelle für Integration im Walgau

Lehren ziehen

Neben der Informationsbeschaffung war einer der Hauptgründe sicher auch die Vernetzung mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gemeinden. Wir beschäftigen uns schon seit fast einem Jahr mit diesem Thema, und die Hintergründe zur Geschichte sind hilfreich, weil wir daraus Lehren ziehen können.

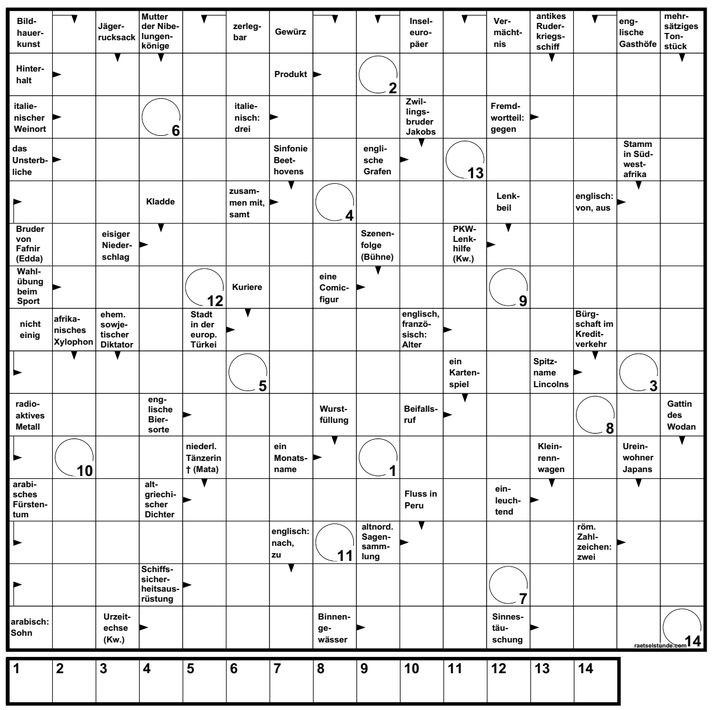
Christoph Kirchengast, Regionalmanager Regio Vorderland

Erkenntnisreich

Weil mich das Thema beruflich und in der Freizeit beschäftigt. Interessant war, wie die ‚Zugewanderten' in den Gemeinden unterschiedlich wahrgenommen werden. Spannend war auch, wie andere Gemeinden mit der Zuwanderungs- und Flüchtlingsfrage umgehen. Für mich haben sich interessante Erkenntnisse ergeben.

Martin Frohner, Gemeinde Nüziders

Foto: Jürgen Gorbach



▶ **Als Lösungswort** ist ein Begriff aus dem Arbeitsrecht gesucht. Auflösung Seite 14

8500 Schüler sind auf Nachhilfe angewiesen

Derzeit würden viele Vorarlberger Schüler die vorgegebenen Lernziele ohne außerschulische Nachhilfe nicht erreichen. Über 70 Prozent der Eltern wünschen sich mehr schulische Nachmittagsbetreuung mit individueller Förderung.

NACHHILFEBEDARF. Eine aktuelle Eltern-Befragung vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) ergab, dass der Bedarf für Nachhilfe in Vorarlberg immer noch ungebrochen hoch ist.

Beinahe jeder fünfte Schüler in Vorarlberg nimmt Nachhilfe, fast jeder Zweite dafür, um die nächste Schulstufe zu erreichen. Das Angebot und die Qualität der schulischen Nachmittagsbetreuung und des Förderunterrichts machen den Unterschied. In Schulen, in denen dies regelmäßig und qualitativ hochwertig geschieht, sinkt der Nachhilfebedarf um die Hälfte. Ein Indiz dafür, dass verschränkte ganztägige Angebote Sinn machen, wenn sie bedarfsorientiert sind.

Die Gesamtbelastung für Nachhilfe beläuft sich für die betroffenen Schüler in Vorarlberg im Schnitt auf 810 Euro. Damit steht Vorarlberg nach Wien (930 Euro) auf dem unrühmlichen zweiten Platz in der Bundesländerwertung. Insgesamt geben Eltern in Vorarlberg bis zum Ende des laufenden Schuljahres mindestens fünf Millionen Euro für bezahlte außerschulische Nachhilfe aus.

Gute Noten von Eltern

„Die Nachmittagsbetreuung bekommt in Vorarlberg gute Noten von den Eltern", sagt Gerhard Ouschan, Leiter der AK-Bildungspolitik. „Die Qualität der schulischen Förderung spielt eine wesentliche Rolle und kann nur im Zusammenspiel mit dem Unterricht gesteigert werden", und so fordert Ouschan den Ausbau ganztägiger schulischer Angebote, bei denen Unterricht, Freizeit, individuelle Förderung und Stärkung sozialer Kompetenzen über den Tag verteilt stattfinden.

Diese Forderung kommt auch von den Eltern direkt, denn über 90 Prozent wünschen sich, dass der Unterricht so gestaltet wird, dass Kinder den Lehrstoff wirklich verstehen. Bei den Elternwünschen zur Eindämmung der Nachhilfe ergeben sich im Jahresvergleich nur wenig Änderungen.

Finanziell belastet

„Immer wieder wird der Vorwurf laut, dass Eltern zu wenig mit ihren Kindern lernen. Wir stellen bei der Befragung aber regelmäßig fest, das zeitliche Engagement ist sehr hoch. 70 Prozent der Eltern von Volksschülern üben täglich oder mehrmals in der Woche mit ihren Kindern", so Ouschan.

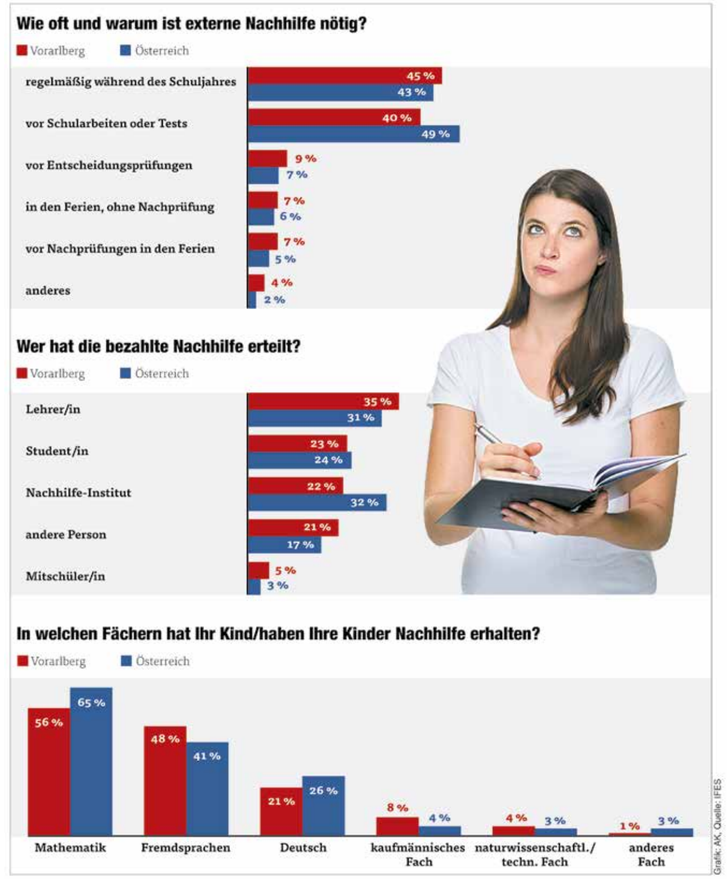
Die finanzielle Belastung durch bezahlte Nachhilfe ist besonders bei Haushalten mit geringem Einkommen und bei Alleinerzieherinnen hoch. Bis zu einem Einkommen von 1600 Euro netto fühlen sich österreichweit 32 Prozent der Befragten sehr stark belastet und 41 Prozent spürbar belastet. Bei Alleinerziehenden sind es 28 und 32 Prozent.

„Die Zahlen zur finanziellen Belastung zeigen aus unserer Sicht auf, dass wir von Bildungsgerechtigkeit weit entfernt sind. Oft wird bezahlte Nachhilfe nicht in Anspruch genommen, weil das Geld dafür einfach fehlt. Gerechtigkeit sieht für mich anders aus", so Ouschan. Fast jedes vierte Kind in Österreich ist von Armut oder Ausgrenzung betroffen, für diese Familien ist schon die Finanzierung von Alltäglichem ein Problem. Bezahlte Nachhilfe kommt einem nicht in den Sinn, wenn man sich den Kopf darüber zerbricht, wie man die monatlichen Fixkosten bestreiten soll.

Belastungen senken

Erfreulicherweise hat sich die Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus stark verbessert. Nur noch sechs Prozent der Eltern wissen nicht, ob zusätzlicher Förderunterricht an der Schule ihres Kindes angeboten wird.

„In einigen Details der Eltern-Befragung zeichnen sich dieses Jahr Verbesserungen ab. Es gibt aber aus unserer Sicht noch vieles zu tun, um die Belastungen für Schüler und Elternhaus zu senken. Es kann nicht sein, dass Familien mit schulpflichtigen Kindern durch eine außerschulische bezahlte Nachhilfe ein zweites Mal zur Kasse gebeten werden, obwohl sie mit ihren Steuerleistungen das Schulsystem schon finanzieren", so Gerhard Ouschan abschließend.



Wenn der Stoff in der Schule nicht richtig gelernt oder vertieft wird, muss er außerhalb des Unterrichts nachgeholt werden.

Foto: fotolia/dmitrimaruta

„Herausforderungen der Schule sind seit Jahren bekannt"

NACHHOLBEDARF. Seit mehreren Jahren führt das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) im Auftrag der AK Vorarlberg Befragungen zum Nachhilfebedarf durch. Die Ergebnisse gleichen sich, der Bedarf lässt nur geringfügig nach.

„Die Herausforderungen der Schule sind seit Jahren bekannt. Darauf bauen auch unsere Forderungen auf. Man könnte, ohne großartig in Gesetze einzugreifen, maßgebliche Veränderungen durchführen", so Ouschan. Durch Vorträge, wie etwa den von Joachim Bauer zum Thema „Beziehungsorientierte Pädagogik", versuche man auch immer wieder Bewusstseinsbildung zu betreiben.

Forderungen der AK Vorarlberg

Aus den Ergebnissen der bisherigen Befragungen leitet die AK Vorarlberg folgende Forderungen ab:

- Sicherstellung des Ausbaus von Ganztagsschulen mit verschränktem Unterricht unter strenger Qualitätskontrolle. Wir benötigen Angebote, die die Handlungsfähigkeit der Kinder stärken und verbessern. Die Entwicklungen müssen sich an den Kompetenzen orientieren, die unsere Kinder auf dem Weg zum Erwachsenwerden benötigen, also mehr als fachgebundenes, kognitives Wissenstraining. Erst dann entsteht ein Gesamtpaket aus kultureller, praktischer, sozialer und personaler Bildung. Diese Modelle müssen von ausgezeichneter Qualität sein, dann werden sie auch angenommen. Zudem benötigen Eltern mehr Informationen dazu, was unter „verschränkter" Ganztagsklasse (Unterricht, Üben, Sport und Freizeit sind über den ganzen Tag verteilt) zu verstehen ist, am besten dadurch, dass gute Beispiele an Schulen sichtbar und erlebbar gemacht werden. Damit einher geht auch der Ausbau qualitativ hochwertiger Förderangebote an den Schulen. Das Nachhilfe-Monitoring zeigt ganz klar, dass Nachhilfe durch die Ganztagsschule eingedämmt werden kann.
- Neuausrichtung der Schulfinanzierung unter Berücksichtigung der Entwicklung einer qualitativen, ergebnisorientierten Schulautonomie. Eine indexbasierte Mittelverteilung soll mittelfristig sicherstellen, dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten, unabhängig vom sozialen Status ihrer Familien. Dadurch können Schulen auf diese Situationen reagieren und durch eine ergebnisorientierte Autonomie die Ressourcen bedarfsgerecht einsetzen.
- Zukunftsorientierter Unterricht stellt sicher, dass die Schüler lernen, das Gelernte auch im Alltag anzuwenden. Verbessert werden muss der Unterricht inklusive Üben, Festigen und Anwenden des Gelernten im „Angstfach" Mathematik, wo am häufigsten Nachhilfe durch andere Personen nötig ist.
- Je besser die pädagogische Qualität in Kindergarten und dann in der Volksschule, desto größer sind die Bildungschancen der Kinder. Und damit später auch die Chancen am Arbeitsmarkt und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
- Unterstützung der Schulen durch Verwaltungspersonal und einen Expertenpool (Beratungslehrer, Psychologen, Logopäden, Sozialpädagogen etc.), auf den die Schule zugreifen kann. Schulleiter sollen in ihrer Verwaltungsarbeit entlastet werden, um mehr Zeit für pädagogische Innovationen und Schulentwicklung zu haben. Ein erweitertes Schulmanagement dient ebenfalls zur Entlastung der Leiter.

Viele Familien sind durch bezahlte außerschulische Nachhilfe stark belastet.

Gerhard Ouschan
Leiter AK-Bildungspolitik

▶ **Video-Tipp** Der QR-Code führt Sie zum Vortrag „Beziehungsorientierte Pädagogik" von Joachim Bauer

AK LEHRLINGS-TIPP

von Birgit Kaufmann, Lehrlingsabteilung der AK Vorarlberg

Lehrstellensuche

Lena besucht derzeit die 3. Klasse der Handelsschule und möchte danach eine Lehre als IT-Technikerin beginnen. In der Schule hat sie derzeit keinen Berufsorientierungsunterricht. Bei einem Vortrag der AK Lehrlings- und Jugendabteilung erfährt sie von der Referentin Folgendes.

Da zwischen ihrem Wunschlehrberuf und der von ihr besuchten Schule keine Gleichhaltung oder Anrechnung besteht, wird Lena die volle Lehrzeit von 3,5 Jahre absolvieren müssen. Es wird ihr auch mitgeteilt, dass es bei anderen Berufen teils andere Regelungen gibt. So wäre es z. B. nicht möglich, mit einer abgeschlossenen Handelsschule mit Praxisunterricht einen Lehrvertrag als Bürokauffrau abzuschließen. Auch erfährt sie, dass offene Lehrstellen direkt über Firmenhomepages oder regionale Jobbörsen ausgeschrieben werden – dazu wird sie auf die Linksammlung auf der Lehrlingshomepage akbasics.at verwiesen, wo einige Jobbörsen angeführt sind!

▶ **Information und Beratung:** www.akbasics.at

„Ich kenne meine Rechte“

Kluge Köpfe wissen, was ihnen zusteht und wo sie Hilfe kriegen. Mehr bei der AK Vorarlberg auf Facebook.

/akvorarlberg

Auflösung des Rätsels von Seite 12

■	P	■	■	T	■	■	K	I	■	L	■	■	I	■
■	L	A	U	E	R	■	E	R	Z	E	U	G	N	I	S
■	A	S	T	I	■	T	R	E	■	G	■	A	N	T	I
■	S	E	L	E	■	B	■	E	A	R	L	S	■	N
O	T	R	■	B	■	N	E	B	S	T	■	E	■	O	F
■	I	■	H	A	G	E	L	■	A	■	S	E	R	V	O
■	K	U	E	R	■	U	■	S	U	P	E	R	M	A	N
■	■	■	F	■	E	N	E	Z	■	A	G	E	■	M	I
U	M	S	T	R	I	T	T	E	N	■	E	■	A	B	E
■	A	T	■	A	L	E	■	N	■	B	R	A	V	O	■
U	R	A	N	■	B	■	M	A	E	R	Z	■	A	■	F
■	I	L	■	H	O	M	E	R	■	I	■	K	L	A	R
E	M	I	R	A	T	■	T	■	E	D	D	A	■	I	I
I	B	N	■	R	E	T	T	U	N	G	S	R	I	N	G
■	A	■	D	I	N	O	■	S	E	E	■	T	R	U	G

Das gesuchte Lösungswort lautet: ARBEITSVERTRAG

1 In acht Schritten zur Arbeitnehmerveranlagung

- Die Website www.finanzonline.at aufrufen.
- Bei der Erstanmeldung musst du deine persönlichen Daten eintragen und absenden.
- Nach der Übermittlung der Daten bekommst du nach ein paar Tagen einen RSa-Brief mit deinen Zugangsdaten (Teilnehmer-Identifikation, Benutzer-Identifikation und PIN).

Tipp

Du kannst deine Zugangsdaten zu Finanzonline auch direkt beim Finanzamt persönlich abholen. Reisepass oder Lichtbildausweis nicht vergessen!

Bis zu 220 Euro extra für jeden Lehrling

Dank Steuerreform hat sich „Negativsteuer“ von 110 auf 220 Euro verdoppelt – Hol dir dein Geld zurück!

NEGATIVSTEUER. Die einen jammern über die hohe Steuer- und Abgabenlast. Gleichzeitig bleiben mehr als 100 Millionen Euro in der Staatskasse liegen, weil die Bürger sie nicht abholen. Vor allem Lehrlinge nutzen die Möglichkeit der Arbeitnehmerveranlagung gar nicht oder unregelmäßig, obwohl ihnen der Steuerausgleich zusteht.

Und seit der großen Steuerreform lohnt er sich doppelt: Für das Jahr 2015 stehen Lehrlingen 20 Prozent der gezahlten Sozialversicherungsbeiträge – maximal 220 Euro – an „Negativsteuer“ zu. 2014 war das noch die Hälfte. Hatte der Lehrling in dem abzurechnenden Jahr auch Anspruch auf Pendlerpauschale, können unterm Strich mehrere hundert Euro – maximal 450 Euro – stehen.

Und wie komm ich zu dem Geld?

Im Grunde ist das ganz einfach: Antrag stellen und Geld kassieren. Aber weil Formulare ausfüllen nicht jedermanns Sache ist, hilft die AK Vorarlberg gerne dabei und zeigt dir hier in acht Schritten, wie es geht.

Der Antrag ist auf jeden Fall bares Geld wert. Denn Lehrlinge zahlen für ihre Lehrlingsentschädigung bis zu rund 1200 Euro keine Lohnsteuer, weshalb ein Teil der Sozialversicherungsbeiträge zurückerstattet wird. Zusätzlich wird bei einem Arbeitsweg von mehr als 20 Kilometern (einfache Wegstrecke) ein Pendlerzuschlag berücksichtigt.

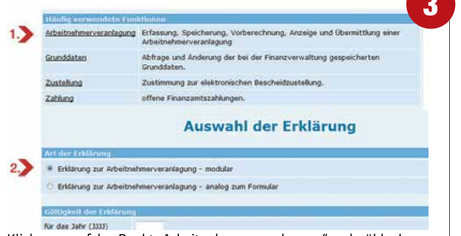
Die Lehrlingsabteilung und die Steuerrechtsexperten der AK Vorarlberg stehen Lehrlingen und Eltern für detaillierte Auskünfte zur Verfügung.

▶ **AK-Lehrlingsabteilung** Telefon 050/258-2300; **AK-Steuerrecht** Telefon 050/258-3100

2

Wenn du deine Zugangsdaten bereits fast, kannst du direkt loslegen. Wenn nicht, kannst du deine Daten direkt beim Finanzamt holen oder mit der Online-Erstanmeldung anfordern.

3

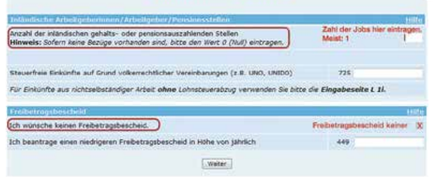


Klicke nun auf den Punkt „Arbeitnehmerveranlagung“ und wähle dann „modular“.

4

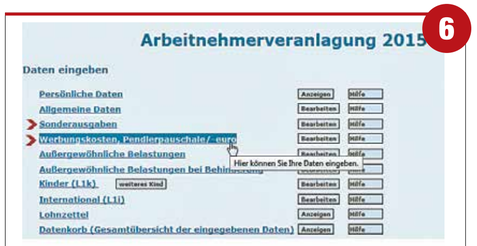
Klicke auf „Allgemeine Daten“.

5



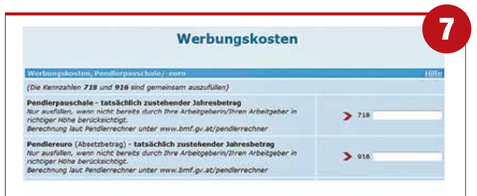
Trage hier deine Daten wie z. B. die Anzahl der bezugsauszahlenden Stellen im Steuerjahr (= deine Dienstgeber) ein. Außerdem kreuze „keinen Freibetragsbescheid“ an.

6



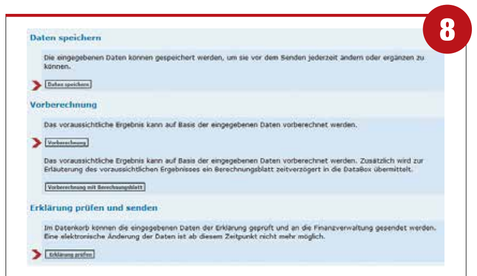
Bei einem Jahreseinkommen über 12.000 Euro kannst du auch „Sonderausgaben“ (z. B. Personenversicherungen usw.) oder „Werbungskosten“ (z. B. Arbeitsmittel) geltend machen. Folge einfach der Anleitung auf dem Bildschirmformular. Bist du Pendler, hast du möglicherweise Anspruch auf die Pendlerpauschale.

7



Um den Anspruch auf Pendlerpauschale bzw. Pendlereuro zu prüfen, besuche den vom Finanzamt zur Verfügung gestellten Pendlerrechner und trage die errechneten Beträge in die oben angeführten Felder ein. http://www.bmf.gv.at/pendlerrechner

8



Überprüfe, ob du alle Daten vollständig angegeben hast. Vorberechnen und absenden nicht vergessen! In den nächsten Wochen erhältst du einen Brief vom Finanzamt und Geld aufs Konto.

Bernd Stoss, Bank Austria Unicredit, 20 Jahre

Maria Reiner, Bank Austria Unicredit, 20 Jahre

Edgar Donner, ORF Messtechnik, 20 Jahre

Michaela Mentberger, Getzner, 20 Jahre

Reinhard Gantner, Getzner, 20 Jahre

Anton Collini, LKH Bludenz, 20 Jahre

Martha Neyer, LKH Bludenz, 20 Jahre

Brigitte Berthold, LKH Bludenz, 20 Jahre

Franz Haupt, LKH Bludenz, 20 Jahre

Ruth Laner, Sparkasse Dornbirn, 20 Jahre

Roland Tomasini, Öffentlicher Baudienst, 20 Jahre

Gabriele Gabriel, KH Dornbirn, 20 Jahre

Kurt Lerch, Hilti AG, 21 Jahre

Manfred Nessler, Öffentlicher Baudienst, 21 Jahre

Kornelia Spannring, KH Dornbirn, 21 Jahre

Karl Pokorny, Vorarlberger Kinderdorf, 24 Jahre

47 Betriebsräte seit Jahrzehnten im Einsatz: Die AK sagt „Danke!“

Rainer Bösch, Haberkorn, 24 Jahre

Walter Raudaschl, Illwerke AG, 24 Jahre

Arthur Tagwerker, Schmidt`s, 24 Jahre

Einfach ist das nicht, so in der Sandwich-Position zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft. Und doch tun sich das 2157 Betriebsrätinnen und Betriebsräte in Vorarlberger Unternehmen tagtäglich an. Ihr Job bedeutet Engagement für andere, ihre eigenen Familien und Partner müssen da oft zurückstecken. Die AK Vorarlberg lud deshalb Betriebsräte und Partner zum Dankefest auf die Werkstattbühne. Kolleginnen und Kollegen, die seit 20 und mehr Jahren im Einsatz stehen, standen im Mittelpunkt.

UNTERSTÜTZUNG. Auszeichnungen gibt es in der Wirtschaft wie Sand am Meer. Unternehmer des Jahres werden gekürt, die „Top 100“ gereiht, jährlich familienfreundliche Betriebe gesucht. Das alles findet AK-Präsident Hubert Hämmerle gut und richtig. „Aber wo werden die Mitarbeiter, wo wird die Leistung der Betriebsräte gewürdigt?“ Deshalb lud die AK Vorarlbergs Betriebsräte zum „Dankefest“.

47 engagierte Kolleginnen und Kollegen standen heuer ganz im Mittelpunkt dieses festlichen Abends. Sie sind seit 20 und mehr Jahren für ihre Belegschaft im Einsatz. Landeshauptmann Markus Wallner, Vorarlbergs ÖGB-Chef Norbert Loacker und der AK-Präsident dankten ihnen persönlich. Denn Betriebsräte müssen „die Positionen der Arbeitnehmer klar vertreten und lösungsorientiert handeln. Sie müssen selbständig arbeiten und engagiert, geduldig und taktisch klug sein. Und die Mitarbeiter wirklich betreuen.“ Soweit Hubert Hämmerle. Der war selber lange Jahre Betriebsrat beim Beschläge-Hersteller Blum.

Fotos: Lisa Mathis, Jürgen Gorbach

Harald Böhm, Schmidt`s, 24 Jahre

Ulrike Sottopietra, Donau Versicherung, 25 Jahre

Elmar King, Vermessungsamt, 25 Jahre

Wolfgang Krenn, Vermessungsamt, 25 Jahre

Thomas Kelterer, Stadt Feldkirch, 25 Jahre

Veronika Moosbrugger, Hypobank Bregenz, 25 Jahre

Johannes G. Gogl, EU-RO, 25 Jahre

Harald Einwaller, Vlbg. Energienetze, 25 Jahre

Walter Burgartz; Vlbg. Energienetze, 25 Jahre

Kai Arbinger, Tridonic, 25 Jahre

Harald Maier, Schmidt`s, 26 Jahre

Harald Weißenbacher, Wiener Städtische, 26 Jahre

Evelin Fechtig, Vorarlberger Kinderdorf, 26 Jahre

Walter Nigsch, Mondelez, 26 Jahre

Eduard Scherrer, Ganahl AG, 26 Jahre

Brigitte Sigmund, Ganahl AG, 28 Jahre

Thomas Jutz, Mahle König KG, 29 Jahre

Thomas Brauchle, VOGEWOSI, 30 Jahre

Otto Marent, Liebherr, 30 Jahre

Peter Neumann, Liebherr, 30 Jahre

Wolfgang Partel, Liebherr, 30 Jahre

Richard Jenny, Wildbach- und Lawinenverb., 30 J.

Peter Vaschauner, LKH Feldkirch, 31 Jahre

Wolfgang Stoss, Hilti AG, 33 Jahre

Bernhard Köb, Hypobank Bregenz, 33 Jahre

Wilhelm Berger, Casinos Austria, 35 Jahre

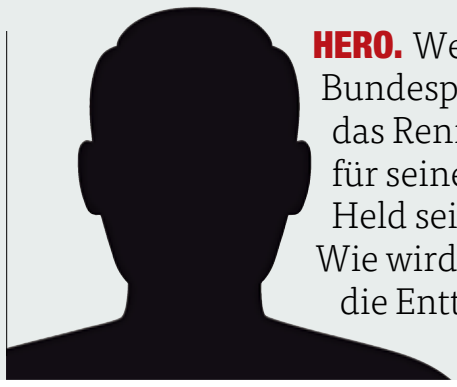
Helmut Baumann, Ganahl AG, 35 Jahre

Ferdinand Panhofer, Hilti AG, 38 Jahre

TREFFPUNKT AK VORARLBERG Menschen bewegen

ZAHL DES MONATS. Das Wirtschaftswachstum Vorarlbergs hat in den vergangenen fünf Jahren **9,1 Prozent** betragen, das in Wien nur 2,1 Prozent. Das hat die Bank Austria erhoben.

9,1



HERO. Wer heute bei der Bundespräsidentenwahl das Rennen macht, wird für seine Anhänger der Held sein. Die Frage ist: Wie wird er die anderen, die Enttäuschten, ins Boot holen?

ZERO. Dass **Dietrich Mateschitz** 264 Mitarbeiter mit Kündigung bedroht, nur weil ein Betriebsrat in Aussicht steht, sagt viel über seine wahre soziale Ader aus.

Fotos: AK / Jürgen Gorbach

Auf 26.000 Quadratmetern Lagerfläche hält die Hohenemser Genossenschaft „Tischler Rohstoff" 3600 Artikel vorrätig. 48 Mitarbeiter sind beschäftigt. 25 davon zählen selbst zu den insgesamt 330 Genossenschaftern.

Tischler suchen Qualität

In der Genossenschaft Tischler Rohstoff werden sie fündig – AK auf Betriebsbesuch

BETRIEBSBESUCH. Es duftet nach Zirbe, Buche, Eiche. **Hartwin Engl** stellt dem AK-Präsidenten **Hubert Hämmerle** die wuchtigen Hölzer so liebevoll vor, als wollte er sich gar nicht von ihnen trennen. Dabei ist er im Ein- und Verkauf tätig. 48 Mitarbeiter leben bei „Tischler Rohstoff" davon, dass Holz nicht aus der Mode kommt.

Markus Scheffknecht ist seit fünf Jahren im Unternehmen. Als Geschäftsführer der Genossenschaft arbeitet er Hand in Hand mit **Thomas Singer**, der für die Finanzen zuständig ist. „Tischler Rohstoff" hat 330 Genossenschafter und das Vorjahr mit 18 Millionen Umsatz abgeschlossen.

Mit der AK hat man gute Erfahrungen. „Wir haben alle Arbeiter zu Angestellten gemacht", sagt Singer, „und ein Gleitzeitmodell entwickelt." Und man ist stolz auf Kollegen wie **Jürgen Grutsch**. Der Tischler ist gehörlos. Aber das klappt prima; einen Staplerfahrer von hinten etwa nimmt er durch Vibration wahr.

Bis „Alle Neune" gefallen waren

AK lud zur 29. Kegelmeisterschaft ins Freizeitzentrum nach Hard ein.

Gekegelt wurde mit aller Leidenschaft.

KEGELN. 41 Mannschaften nahmen an der 29. AK-Kegelmeisterschaft teil. Drei Damen- und 13 Herrenmannschaften qualifizierten sich fürs Finale am 29. April. **Anna Glantschnig** (Hirschmann) und **Karl-Heinz Wüschner** (Bauhof Bregenz) entschieden die Einzelwertungen für sich. Bei den Mannschaften trugen die VKW-Damen und das Team von Liebherr Pokale nach Hause.

Die VKW-Damen nahmen einen Pokal mit: Irene Fritsch, Claudia Sotelschek und Erika Gufler.

Liebherr siegte bei den gemischten Mannschaften: Stefan Hammerl, Johann Zimmermann, Siegfried Tratinek und AK-Vize Bernhard Heinzle.

Fotos: AK / Jürgen Gorbach

ZU BESUCH BEI DER AK

Infos aus erster Hand holen sich immer wieder Besucher in der AK in Feldkirch. Zuletzt hieß Präsident **Hubert Hämmerle** den Betriebsrat der Donauversicherung (unten) willkommen. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hohenemser Büros für Integrationsprojekte kamen zu Besichtigung und Gedankenaustausch nach Feldkirch.

Fotos: Jürgen Gorbach